

Jahresbericht 2012 über die Beschlüsse des Verkehrsausschusses

Teil II – Anträge

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 05.05.2009
Vorlagennummer: AN/0619/2009

Betreff: Erhalt des Bahnhof Köln-Mülheim für Regionalzüge bzw. als Halt für den Rhein-Ruhr-Express (RRX)"

Beschluss:

Die Bundes- und Landesregierung werden aufgefordert, die Haltepunkte Köln-Mülheim und Leverkusen im Rahmen der Rhein-Ruhr-Express Planung (RRX), als ständige Systemhalte (Haltepunkt für alle vier Züge in jede Richtung) in die Planung zu integrieren.

Die Landesregierung wird gebeten, die Aufgabenträger für den Schienenpersonenverkehr (Verkehrsverbünde) in das Verfahren einzuschalten.

Sachstand:

Weder das Bundes- noch das Landes-Verkehrsministerium haben bislang Unterstützung für diese Kölner Forderung signalisiert. Im Falle von Zugeständnissen an die Einrichtung der von den Gemeinden geforderten Zwischenhalte in Köln-Mülheim, Langenfeld und Düsseldorf-Benrath wird befürchtet, dass der Bund sich aus der (ohnehin noch nicht gesicherten) Finanzierung zurückziehen könnte, da der RRX dann eventuell nur als Nahverkehrsverbindung gewertet würde, die der Bund nicht mitfinanziert.

Die Planfeststellungsverfahren für den über den RRX-Etat zu finanzierenden Streckenausbau sind zwischenzeitlich angelaufen. Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 21.06.2012 seine Zustimmung für das Planfeststellungsabschnitt von Köln-Mülheim bis zur Stadtgrenze Leverkusen davon abhängig gemacht, dass der Bahnhof Köln-Mülheim als Systemhalt in die RRX-Planungen aufgenommen wird. Dieser Beschluss wurde von der Stadtverwaltung an die für das Planfeststellungsverfahren zuständige Bezirksregierung weitergeleitet. Allerdings ist die Einrichtung eines Systemhalts in Köln-Mülheim, im Gegensatz zu den übrigen o.g. Haltepunkten, keine Frage des Strecken- und Bahnhofsausbaus (die Bahnsteige in Köln-Mülheim haben bereits den geforderten Ausbaustandard), sondern des künftigen Betriebskonzepts, das erst im Anschluss an die Ausbaumaßnahmen endgültig festgelegt werden wird. Nach heutigem Wissensstand ist nicht vor dem Jahr 2020 mit einem Ersatz der heutigen Regionalexpress-Züge durch die geplanten RRX-Verbindungen zu rechnen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 17.08.2006
Ds-Nr.: 1034/006 und 1232/006

Betreff: Pilotprojekt Bus- und Taxispur auf der Rheinuferstraße

Beschluss:

1. Von einer Änderung des Finanzierungsantrages auf Basis des Beschlusses des Verkehrsausschusses vom 02.05.2006 zum Pilotprojekt Bus- und Taxispur auf der Rheinuferstraße wird abgesehen.

Der Beschluss wird somit nicht aufrechterhalten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie eine ausreichende und attraktive ÖPNV-Anbindung des Rheinauhafens gewährleistet werden kann, da die Stadtbahnhaltestelle Severinsbrücke in absehbarer Zeit nicht realisiert werden kann.
3. Verwaltung und KVB werden beauftragt, dem Verkehrsausschuss einen Erfahrungsbericht zu den bereits beauftragten Busspuren in Köln vorzulegen.
4. Verwaltung und KVB werden beauftragt zu untersuchen, auf welchen Strecken in Köln die Einrichtung von weiteren Bus- und Taxispuren verkehrstechnisch sinnvoll und förderunschädlich möglich ist. Dies gilt insbesondere unter Beachtung einer Verringerung der Fahrzeiten und der möglichen Einrichtung von Schnellbuslinien.
5. Das Ergebnis ist dem Verkehrsausschuss vorzustellen.

Sachstand:

alter Sachstand:

Es gibt keinen neuen Sachstand gegenüber dem 1. Halbjahr 2008. Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans, bei der weitere Prüfungen erfolgen sollen, ist für 2009 geplant.

Zu 1. Durch Beschluss erledigt.

Zu 2. Dieser Punkt ist erledigt.

Zu 3. In Köln existieren derzeit auf folgenden Streckenabschnitten Busspuren bzw. kombinierte ÖPNV-Fahrspuren (vgl. Nahverkehrsplan 2003-2007, Kap. 6.9.2, S. 147):

Reine Busspur:

- Bonner Str. zwischen Gaedestr. und Verteilerkreis (Linie 132)

Mitnutzung des Bahnkörpers (kombinierte ÖPNV-Fahrspuren):

- Hahnenstr./Aachener Str. zwischen Rudolfplatz und Neumarkt (Linien 136 und

146)

- Ehrenfeldgürtel zwischen Hüttenstr. und Subbelrather Str. (Linien 141, 142 und 143)

Die vormals vorhandenen Busspuren auf der Aachener Straße in Junkersdorf/Weiden und auf dem Östlichen Zubringer sind inzwischen wegen der Verlängerung der Linie 1 bzw. der Aufgabe der Flughafenbuslinie nach S-Bahnanschluss des Flughafens entfallen.

Zu den Erfahrungen mit den vorhandenen ÖPNV-Fahrspuren lässt sich folgendes sagen:

Die Busspur auf der Bonner Straße hat sich sehr bewährt und ist für die Fahrplanstabilität im Besonderen in der Nachmittagsspitze unabdingbar. In der Nachmittagsspitze wären ohne diese Busspur durch die Behinderungen des MIV ansonsten keine stetigen Fahrtabläufe denkbar und die Fahrzeiten würden sich deutlich verlängern. Es kann aber angemerkt werden, dass die Betriebspraxis zeigt, dass ein früherer Beginn der Busspur – unmittelbar am Gürtel, so wie ursprünglich geplant – sinnvoll wäre. Vor dem Hintergrund des Baus der dritten Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn ist allerdings der in der verbleibenden Zeit erzielbare Nutzen nicht mehr groß genug für eine derartige Investition.

Die Mitnutzung des Bahnkörpers auf der Hahnenstr./Aachener Str. ist zwingend erforderlich, um einen stabilen Betriebsablauf auf den Linien 136 und 146 zu erreichen. In diversen Fällen, bei denen die Busse nicht auf der Bahntrasse verkehren konnten und die Fahrspuren des MIVs mitnutzen mussten, konnte beobachtet werden, welcher unetlicher Fahrtablauf mit entsprechend erhöhten Fahrzeiten sich aufgrund der hohen Verkehrsbelastungen im MIV in diesem Bereich ergibt. Es muss an dieser Stelle jedoch auch klar dargestellt werden, dass die Trasse, die von Bus und Bahn gemeinsam genutzt wird, an der absoluten Leistungsfähigkeitsgrenze angekommen ist, was vor allem an der Neumarkt-Westseite zum Teil auch betriebliche Probleme hervorruft.

Bei der Trasse auf dem Ehrenfeldgürtel handelt es sich nur um ein kurzes Stück, auf dem die Busse in einer Fahrtrichtung die Bahntrasse nutzen, um hier einen gesicherten Linksabbiegevorgang vornehmen zu können. Allein aus diesem Grunde ist diese Spur unabdingbar. Darüber hinaus leistet auch diese kurze Spur einen guten Beitrag zur Verstetigung der Fahrtabläufe. So kann in vielen Situationen durch die Nutzung der Bahntrasse ein ganzer Ampelumlauf eingespart werden.

Zu 4. Vorbehaltlich einer genaueren Prüfung aus gesamtverkehrstechnischer Sicht und hinsichtlich einer möglichen Bezuschussung wären aus Sicht des ÖPNV auf folgenden Abschnitten Busspuren am dringlichsten:

- Die im Nahverkehrsplan auf Seite 148 aufgeführte Busspur auf der Äußeren Kanalstraße wäre nach wie vor sinnvoll. So ist die verkehrliche Situation in diesem Bereich nach wie vor kritisch, und es verkehren in diesem Bereich noch immer vier Buslinien jeweils im 20-Min-Takt (Linien 139, 140, 141 und 143).
- Die ebenfalls dort aufgeführte Busspur auf der Riehler Str. wird nicht mehr als vorrangig angesehen. So verkehrt inzwischen die Linie 140 dort als einzige Li-

nie nur noch im 20-Minuten-Takt. Insofern ist eine Busspur hier mit keinem ausreichenden Nutzen versehen, zumal auch heute keine wirklich gravierenden betrieblichen Probleme an dieser Stelle auftreten.

- Wie schon im Nahverkehrsplan erwähnt wären ansonsten vor allem Streckenabschnitte im Zuge der Linien 151 und 152 in Hinblick auf eine Beschleunigung genauer zu prüfen. Dies betrifft insbesondere die Streckenabschnitte auf dem Clevischen Ring zwischen Dünnwalder Str. und dem Abzweig zur Bergisch Gladbacher Str. Richtung Wiener Platz und im Zuge der Frankfurter Str. in Ostheim im Zulauf auf die Haltestelle Ostheim (Fahrtrichtung Porz).

Welche baulichen Maßnahmen an diesen Stellen durchgeführt werden können und wie diese zu finanzieren sind, soll im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans genauer untersucht werden. Des Weiteren sind die im Nahverkehrsplan 2003-2007, S. 148 zusätzlich aufgeführten Streckenabschnitte in Hinblick auf eine weiterhin bestehende Relevanz und ggf. auf geeignete Maßnahmen hin noch genauer zu untersuchen.

neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand. Der Beschluss wird bei Neuerstellung des Nahverkehrsplans berücksichtigt. Leider hat sich die Bearbeitung des 3. Nahverkehrsplans durch den externen Gutachter weiter verzögert. Die Verwaltung geht inzwischen davon aus, den Entwurf des 3. NVP in der Dezembersitzung 2012 dem Verkehrsausschuss vorlegen zu können.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 27.11.2007
Vorlagennummer: AN/1294/2007

Betreff: Mehr Sicherheit in den Straßenbahnen der KVB durch Verzicht auf die Doppeltraktion

Beschluss:

Die KVB beschaffen zukünftig nur noch Straßenbahnzüge in durchgehend doppelter bzw. für den Fall der Einführung der Dreifachtraktion dreifacher Länge. Lediglich für den begründeten Bedarf des Betriebes einzelner Linien in Einzeltraktion (z.B. derzeit die Linie 13 an Sonntagen) darf von dieser Regel zukünftig abgewichen werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der KVB werden angewiesen, eine entsprechende Beschlusslage der Gesellschaft herbeizuführen.

Sachstand:

In der neuen Richtlinie zur Verwendung der Mittel aus der Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW, die am 01.01.2012 in Kraft getreten ist, wurde die Förderung der Neubeschaffung von Stadtbahnwagen auf durchgehende Fahrzeuge umgestellt. Der Beschluss wird des Weiteren bei der Neuerstellung des Nahverkehrsplans berücksichtigt. Der Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 02.12.2008
Vorlagennummer: AN/2319/2008

Betreff: Fortschreibung des Gesamtverkehrskonzeptes (GVK)

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gesamtverkehrskonzept Köln (GVK) fortzuschreiben und dem Verkehrsausschuss geeignete Maßnahmen vorzuschlagen mit folgenden Zielsetzungen und Schwerpunkten, die insbesondere unter den Gesichtspunkten der Barrierefreiheit, der sicheren Mobilität und der Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV, Motorisierter Individualverkehr) zu betrachten sind:

- Der Fußverkehrsanteil soll gesteigert werden. Hierfür müssen die Bedingungen für Fußgänger/innen in der Stadt verbessert und Barrieren abgebaut werden.
- Der Radverkehrsanteil soll gesteigert werden. Erfolgskonzepte wie z.B. Bike+Ride sollen verstärkt fortgeführt werden, Binnenverkehre in den Stadtbezirken soll weiter vereinfacht werden, die Belange älterer Radfahrer sollen verstärkt berücksichtigt werden, und auch Alltagsradler sollen sicher und schnell ihr Ziel erreichen können.
- Es ist eine Steigerung des Anteils am ÖPNV-Verkehr anzustreben. Hierzu sind Maßnahmen, insbesondere zum Ausbau der Infrastruktur und zur Steigerung der Leistungsfähigkeit zu entwickeln.
- Die Umsteigequalität zwischen Motorisiertem Individualverkehr und ÖPNV ist weiter zu verbessern.
- Das GVK soll mit dem kommunalen Klimaschutzkonzept abgestimmt werden, und zu einer signifikanten Verringerung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen führen.
- Das GVK soll zu einer kontinuierlichen Verringerung des verkehrsbedingten Schadstoffausstoßes führen, insbesondere hinsichtlich Feinstaub und Stickoxide, und zwar in ganz Köln, nicht nur innerhalb der Umweltzone. Hier können u.a. die Maßnahmenvorschläge aus dem 2006 für Köln erstellten Luftreinhalteplan Berücksichtigung finden.
- Das GVK soll stadtweit zu einer Lärminderung führen, insbesondere nachts.
- Die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen ist verstärkt auf leistungsfähige Schienenachsen auszurichten. Dies wurde in der Vergangenheit zwar meistens geplant, aber nicht konsequent umgesetzt (Beispiele: Zündorf-Süd, Widdersdorf Süd)
- Auch die Ergebnisse des Masterplan Innenstadt sollten ggf. bei der Fortschrei-

bung des GVK Berücksichtigung finden.

Sachstand:

Unabhängig vom Bedarf zur Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr und abseits einer inhaltlichen Bewertung besteht aufgrund der Einsparerefordernisse sowie aufgrund der bestehenden Mittelbindung in bereits fortgeschrittenen Planungskonzepten derzeit kein weiterer Spielraum zur Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 03.02.2000
Vorlagennummer: 0078/000

Betreff: Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Planung einer Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt zwischen Schildergasse und dem WDR/Komödienstraße einen Workshop vorzubereiten und zu veranstalten, in dem die Ergebnisse des seinerzeitigen städtebaulichen Wettbewerbes mit den Mitgliedern der Ausschüsse Stadtentwicklung sowie Bau und Verkehr, externen Fachleuten sowie Vertretern der Verwaltung erörtert werden. Die Ergebnisse des Workshops sind anschließend in Form eines konkreten Planungsauftrages dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

alter Sachstand:

Die langfristige Realisierung einer Tieferlegung wird durch den Masterplan nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Kurz- und mittelfristig wird eine solche Lösung allerdings als nicht umsetzbar angesehen.

neuer Sachstand:

Die Verwaltung verweist auf den alten Sachstand und sieht den Beschluss damit als erledigt an.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.02.2006
Vorlagennummer: 0200/006, 0233/006 und 0244/006

Betreff: Planung Ost-West-Stadtbahn

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsvorgaben für den Bau einer Ost-West-Stadtbahn zwischen Heumarkt und Universitätsstraße zu erarbeiten. Dabei sind die verkehrlichen Randbedingungen (u.a. Verkehrswert, Trassenalternativen z.B. bezüglich der Anbindung der Universität) und möglichen Kosten gutachterlich zu klären. Die entsprechenden Mittel sind bereitzustellen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem IGVP-Bewertungsverfahren soll die Verwaltung folgende Varianten getrennt voneinander untersuchen:

- a) von westlich Deutzer Brücke bis westlich Neumarkt
- b) von westlich Deutzer Brücke bis westlich Rudolfplatz
- c) von westlich Deutzer Brücke bis westlich Universitätsstraße

Bei der gutachterlichen Klärung sind in der Kosten-/Nutzenrechnung die Beeinträchtigungen durch die Baumaßnahme Ost-West Stadtbahn für den Verkehr, die Anlieger, die Geschäftstreibenden und das innerstädtische Leben während der Bauzeit zu betrachten, umfänglich darzustellen und gegen den Verkehrswert abzuwägen.

Vor einer Realisierung der Ost-West-U-Bahn sind Maßnahmen im Stadtbahnbau mit hoher Erschließungswirkung umzusetzen:

- die 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn
- die Verlängerung der Linie 7 bis Ranzeler Straße
- der Rat betrachtet die Verlängerung der Linie 3 bis Görlinger Zentrum weiterhin als laufende Maßnahme, die bereits im Bedarfsplan 1998 als indisponibel ausgewiesen wurde.
- Zusätzlich ist die Planung für die „Verlängerung der Linie 5 bis Coloneum“ mit hoher Priorität voranzutreiben.

Sachstand:

Unter dem Eindruck des Einsturzes des Stadtarchivs wurde 2009 seitens des Oberbürgermeisters zugesagt, die Planungen für den Bau einer Ost-West-U-Bahn vorerst zurückzustellen. Insofern wurden zu o.g. Beschluss seitdem keine weiteren Schritte unternommen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 10.02.2009
Vorlagennummer: AN/0149/2009, AN/0245/2009, AN/0258/2009

Betreff: "Rheinuferquerung Nord-Süd Stadtbahn"

Beschluss:

I.

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. Feinstaubmessungen am Rheinufer, in Höhe Ubierring, durchzuführen um auf Basis der hier gewonnenen Daten eine Prognoserechnung für die niveaugleichen Varianten der Querung der Nord-Süd Stadtbahn/Rheinuferstrasse aufzustellen,
2. ein Gutachten erstellen zu lassen über den Verdrängungsverkehr in die Wohnviertel entlang der Rheinuferstrasse, bei den alternativen niveaugleichen Querungslösungen. In diesem Gutachten sind die mögliche Standortverlagerung der FH und verkehrslenkende Maßnahmen im Umfeld, wie z.B. Gestaltung der Kreuzung Konrad-Adenauer Str. / Militärringstr. u.a., zu berücksichtigen. Der Verdrängungsverkehr ist bzgl. der betroffenen Straßen zu konkretisieren.

II.

1. Auf der gesamten Länge der Rheinuferstraße sollen Feinstaubmessungen vorgenommen werden, um festzustellen, ob die Gesundheit der Anwohner/innen gefährdet ist. Des weiteren soll die Rheinuferstraße Teil der Umweltzone werden.
2. Die Verwaltung soll unverzüglich ein Konzept zur Reduzierung von Schleichverkehren in den angrenzenden Vierteln erarbeiten, um die auch heute schon auftretenden Verdrängungseffekte in die Nebenstraßen zu unterbinden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen vorzuschlagen, die zu einer Entlastung des Verkehrs auf der Rheinuferstraße führen und deren Auswirkungen auf die Verkehrsbelastung darzustellen. Es soll dabei nicht zu unerwünschten Verlagerungen des motorisierten Verkehrs in die umliegenden Straßen kommen, sondern zu einer signifikanten Reduzierung desselben.

Zum Beispiel könnten folgende Maßnahmen geprüft werden:

- Schnellstmöglicher Ausbau der 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn incl. P&R-Anlage am Verteilerkreis
- 5-Minuten-Takt der Linie 16
- Unverzögerlicher Beginn der Planungen und Sicherstellung der Finanzierung für den S-Bahn-Westring
- Verstärkter Ausbau des Car-Sharing-Angebots in den südlichen Stadtteilen durch Abstellplätze im öffentlichen Straßenraum
- LKW-Durchfahrtsverbot ab Schönhauser Straße
- Buslinie von Rodenkirchen bis Hbf über Rheinauhafen
- Buslinie über Schönhauserstraße, Vorgebirgsstraße, Nord-Süd-Fahrt und Bäche bis Heumarkt
- Ausbau der Parkpalette Heinrich-Lübke-Ufer
- Wasserbuslinie entlang des Rheins bis Mülheim

Die Verwaltung wird beauftragt für Klarheit zu sorgen, in welchem Umfang bei den verschiedenen Varianten ein Eingriff in den Baumbestand erfolgt und inwieweit Flächen zur Wiederaufforstung zur Verfügung stehen. Zur Verdeutlichung der Problemlagen hinsichtlich der Kreuzungssituation Nord-Süd Stadtbahn/Rheinuferstraße ist eine Visualisierung vorzunehmen. Dargestellt werden soll der Status quo, die vom Rat mehrheitlich beschlossene Auffächerung auf sechs Spuren sowie die Tunnelvariante für die Rheinuferstraße.

Sachstand:

Die inhaltlichen Prüfungen sind abgeschlossen und der Rat hat in der Sitzung am 25.11.2010 beschlossen, die niveaugleiche Querung mit einem vierspurigen Ausbau der Rheinuferstraße umzusetzen. Des Weiteren wurde beschlossen, dass Vorsorgemaßnahmen für den Bau eines Straßentunnels getroffen werden, um eine mögliche niveaufreie Querung der Rheinuferstraße zu einem späteren Zeitpunkt zu geringeren Kosten zu realisieren. Außerdem wurden zahlreiche Prüfaufträge und weitere Vorgaben beschlossen. Die Verwaltung hat hierzu einen Sachstandsbericht verfasst, der im Mai 2011 den Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Innenstadt sowie dem Verkehrsausschuss mitgeteilt und dort zur Kenntnis genommen wurde. Der Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 30.06.2009
Vorlagennummer: AN/1221/2009

Betreff: "Nord-Süd-Stadtbahn - Ausbau Rheinuferstraße"

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung,

- I. die Ausbauplanung für einen sechsspurigen Ausbau der Rheinuferstraße im Bereich der Stadtbahnquerung qualifiziert zu beenden. Ferner ist eine Untertunnelung der Stadtbahntrasse zu planen, damit der Rat in die Lage versetzt wird, auch diese Variante bewerten zu können. Das Ergebnis ist dem Rat in seiner nächsten Sitzung zusammen mit der Planung für den sechsspurigen Ausbau vorzulegen, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

Bei dieser Planung sind die folgenden Maßgaben zu beachten:

1. Um die Eingriffe im Bereich des Ausbaus so gering wie möglich zu halten, sind die Rampen des Tunnels so kurz wie möglich zu gestalten.
2. Der Tunneldeckel als Landschaftsbrücke soll in der maximal möglichen Länge ausgeführt werden.
3. Der Aufbau der Deckelung muss eine Bepflanzung auch mit großen Bäumen ermöglichen.
4. Der gesamte Bereich der Landschaftsbrücke ist anschließend als Verlängerung des Grüngürtels bis zum Rhein entsprechend zu bepflanzen.
5. Die beim Bau des Tunnels gefälltten Bäume sind dabei mindestens in der Gesamtzahl zu ersetzen.
6. Um in dem Bereich die Luftschadstoffe zu minimieren ist die Be- und Entlüftung des Tunnels mit Feinstaubfiltern zu versehen.
7. Mit den Zuschussgebern von Land und Bund ist umgehend Kontakt aufzunehmen um eine Förderung im Sinne des Eisenbahnkreuzungsgesetzes zu prüfen.
8. In einem ersten Schritt ist eine detaillierte Planung mit einer entsprechenden Kostenanalyse zu erarbeiten.

Außerdem wird die Verwaltung aufgefordert, unter Angabe der Kosten zu klären, bis zu welchem Zeitpunkt Vorabmaßnahmen im Bereich der Gleisquerung umgesetzt werden müssen, damit die Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn nicht verzögert wird.

- II. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Bezirksregierung Köln und der Technischen Aufsichtsbehörde Düsseldorf dahingehend zu führen, ob die planfestgestellte BÜSTRA-Anlage durch eine Verkehrssicherungsanlage (VS) mit Vorrangschaltung für die Nord-Süd-Stadtbahn ersetzt werden kann und welche Voraussetzungen hierfür zu schaffen sind. Dabei soll auch die Möglichkeit einer kombinierten

BÜSTRA-/Verkehrssicherungsanlage erörtert werden. In beiden Fällen ist der Zeithorizont für ein eventuell erforderlichen neuen Planfeststellungsbeschluss inklusive Öffentlichkeitsbeteiligung sowie das Klagerisiko darzustellen. Dabei ist der spätestmögliche Termin zu nennen, bis wann die Voraussetzungen für eine geänderte Steuerung der Querung des Gustav-Heinemann-Ufers (Bundesstraße B51) vorliegen müssen, damit die zeitgleiche Inbetriebnahme der 1. und 2. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn gewährleistet ist. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen, gleichfalls alle Auswirkungen auf den Kosten-Nutzen-Faktor der Stadtbahn.

Abschließend wird um eine Bewertung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der Kreuzungssituation bei vorhandener Vierspurigkeit (zwei Fahrspuren je Fahrtrichtung) der Rheinuferstraße gebeten. Dabei sind auch die Auswirkungen auf die Nachbarknoten darzustellen.

III. Dem Rat sind schnellstmöglich alle Prüfergebnisse mit einer Bewertung der Verwaltung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

Zu I.

Zwischenzeitlich hat der Rat erneut über die Sachlage entschieden. Es wird derzeit eine Vorleistung für eine Untertunnelung der Stadtbahntrasse realisiert, die den späteren Bau eines Straßentunnels deutlich vereinfacht.

Zu II.

Auf Grund der zwischenzeitlich bekanntgewordenen erneuten Verschiebung des Inbetriebnahmetermins der Nord-Süd Stadtbahn mussten noch keine abschließenden Entscheidungen herbeigeführt werden. Es wird von einer ungefähren Vorlaufzeit von 3 Jahren vor geplanter Inbetriebnahme ausgegangen, um die Fragestellung zur Klärung zu bringen.

Gremium: Tiefbau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 11.05.1995
Ds-Nr.: 0758/095

Betreff: Konzept für die Verwendung von vorgesehenen GVFG-Finanzmitteln für Lichtsignalanlagen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss Tiefbau und Verkehr spätestens bis zum Herbst ein neues Konzept für die Verwendung der vorgesehenen GVFG-Finanzmittel für die Lichtsignalanlagen vorzulegen. Dieses Konzept soll die Prioritäten neu ordnen. Erste Priorität haben danach alle Maßnahmen beim Bau und bei der Steuerung, die notwendig sind, um den Stadtbahnen und Omnibussen an Signalanlagen Vorrang zu verschaffen.

Dabei sollen auch fahrzeuggesteuerte Anlagen Berücksichtigung finden.

Dies bedingt eine Abstimmung mit dem geplanten rechnergesteuerten Betriebsleitsystem (RBL) der KVB. Durch Verknüpfung beider Systeme ist zu gewährleisten, dass der Vorrang der Fahrzeuge des ÖPNV auch an Schnittstellen mit Hauptverkehrsachsen gegeben ist.

Sachstand:

Zwischenzeitlich konnten alle geplanten Maßnahmen im Zuge des Ausbaus der Stadtbahnlinie 5, 7 und 12 umgesetzt werden.

Als einzige Ausnahme ist noch eine Lichtsignalanlage im Zuge des für 2013 geplanten Ausbaus der Haltestelle Gutenbergstraße anzupassen.

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 28.09.1995
Ds-Nr.: 1592/095

Betreff: Zukünftige Stadtbahntrasse Zollstockgürtel/Raderthalgürtel

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich die Planung für die Verlängerung der Gürtelbahn zwischen Klettenberg und Rheinufer vorzustellen.

Sachstand:

Nach dem Beschluss des Rates vom 19.12.2002 über zukünftige Prioritäten ist die Stadtbahnverlängerung zwischen Klettenberggürtel und Rheinufer nachrangig in Kategorie „G, Weiterer Bedarf“ eingestuft worden, sodass diese Planung zurzeit nicht mit Priorität weiterverfolgt wird.

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 13.06.1996
Ds-Nr.: 0782/096

Betreff: Wettbewerb bei Lichtsignalanlagen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Neuerrichtung bzw. beim Austausch von Signalanlagen dafür Sorge zu tragen, dass ein offener Wettbewerb zwischen mehreren Anbietern möglich wird. Notwendig hierfür ist:

- sicherzustellen, dass die einzusetzenden Systeme wie Verkehrsrechner und Steuergeräte untereinander kompatibel sind.
- die vorhandenen Verkehrsrechner so umzurüsten, dass Steuergeräte anderer Anbieter angeschlossen werden können.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, über den Deutschen Städtetag eine Initiative zu ergreifen mit dem Ziel, bundeseinheitliche Standards für Steuergeräte und die Schnittstellen festzulegen.

Sachstand:

Die technischen Entwicklungen der letzten Jahre, die nicht zuletzt durch die oben genannte Initiative des Deutschen Städtetages forciert wurden, ermöglichen einen Wettbewerb zwischen den Signalbaufirmen bei der Neueinrichtung und dem Austausch von Lichtsignalanlagen.

Das erarbeitete und dem Verkehrsausschuss am 28.06.2012 vorgestellte Konzept zur Erneuerung des Kölner Verkehrsrechnersystems, steht kurz vor der Realisierung. Mit dem neuen Verkehrsrechner wird die Anbindung der Steuergeräte im ganzen Stadtgebiet möglich sein.

Der Beschluss wird damit als erledigt betrachtet.

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 12.02.1998
Ds-Nr.: 1765/097 und 0252/098

Betreff: Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 in das Gewerbegebiet Butzweiler Hof und Erschließung des Medienzentrums Butzweiler Hof

Beschluss:

Der Ausschuss Tiefbau und Verkehr beauftragt einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltung, für die Erschließung des Medienzentrums Butzweiler Hof von folgenden Grundlagen auszugehen bzw. die dafür notwendigen Maßnahmen zu veranlassen:

1. Die Linie 5 wird von der vorhandenen Endhaltestelle über die Hugo-Eckener Straße und Von-Hünefeld-Straße bis zum Medienzentrum verlängert. Diese Planung ist unverzüglich dem Land vorzulegen mit der Bitte, bei der zur Zeit laufenden Fortschreibung des ÖPNV-Bedarfsplanes den vordringlichen Bedarf anzuerkennen. Des weiteren ist eine spätere Verlängerung von der Von-Hünefeld-Straße in Longerich (S-Bahn und Linie 6) trassenmäßig vorzusehen.
2. Im Rahmen der Planung für die Verlängerung der Linie 5 ist der Knotenpunkt Butzweiler Straße/Rochusstraße/HGK kreuzungsfrei auszubilden. Der Planungsentwurf ist vordringlich zu erarbeiten und den zuständigen Gremien vorzulegen.
3. Für die ÖV- und IV-Erschließung des Medienzentrums soll die alte Escher Straße leistungsfähig an den Militärring angebunden werden. Mit dem Landschaftsverband als Straßenbaulastträger für den Militärring sind die notwendigen Verhandlungen zu führen, um eine schnelle Realisierung dieser Anbindung zu erreichen. Mit der KVB sind Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, rechtzeitig mit dem Baufortschritt der Medienanlagen eine Shuttle-Bus-Verbindung von der Bahnstation Köln-Longerich bis zum Medienzentrum einzurichten.

Sachstand:

Zu 1:

Die Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 bis zur Endhaltestelle Butzweiler Hof wurde zum Fahrplanwechsel im Dezember 2010 in Betrieb genommen. Der Punkt ist somit erledigt.

Zu 2:

Die Stadtbahntrasse der Linie 5 wird mittels eines Brückenbauwerks über die HGK-Trasse geführt. Die alternativ erwogene Hochlage der HGK-Trasse mit einem Brückenbauwerk über die Stadtbahntrasse, um damit gleichzeitig auch die angestrebte kreuzungsfreie Ausbildung des Knotenpunktes HGK-Trasse/Butzweiler Str. zu realisieren, wurde aufgrund technischer Probleme (Rampenlänge) und unverhältnismäßig hoher Kosten nicht weiterverfolgt. Der Punkt ist somit erledigt.

Zu 3.:

Der Ausbau des neuen Straßensystems Am Butzweiler Hof ist abgeschlossen. Der Punkt ist somit erledigt.

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 01.06.1999
Ds-Nr.: 0747/099

Betreff: Einbeziehung der Linie 12 in das Konzept für die Verwendung von GVFG-Finanzmitteln für Lichtsignalanlagen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den nördlichen Streckenast der Linie 12 von der Haltestelle Niehl bis Merkenich in das Konzept für die Verwendung der GVFG-Finanzmittel für Lichtsignalanlagen aufzunehmen und die Planungen für eine solche Beschleunigungsmaßnahme der Stadtbahnlinie auszuarbeiten sowie die Kosten darzustellen.

Sachstand:

Wegen der hohen Kosten für die Erneuerung der Lichtsignalanlagen wurden auf diesem Streckenabschnitt in einem ersten Schritt nur die zwingend notwendigen Anpassungsmaßnahmen für den Betrieb mit Niederflurfahrzeugen durchgeführt.

In einem zweiten Schritt muss die Realisierung der eigentlichen Beschleunigungsmaßnahmen erfolgen. Wann die notwendigen Mittel bereit stehen, um diese Maßnahmen umzusetzen, steht derzeit noch nicht fest.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 20.01.2000
Ds-Nr.: 0104/000

Betreff: Planung und Bau der Ortsumgehung Köln-Ostheim

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine westliche Ortsumgehung Ostheim zu planen und den Ausbau vorzubereiten. Dabei ist es notwendig, die Frankfurter Straße, den Vingster Ring sowie den Alten Deutzer Postweg einschließlich aller Abbiegebeziehungen zu einer leistungsfähigen Verkehrsachse zu entwickeln.

Sachstand:

Der Auftrag zur Planung eines Kreisverkehrs am Vingster Ring/Alter Deutzer Postweg wurde am 08.05.2012, TOP 3.1 vom Verkehrsausschuss beschlossen.

Die Planung zum Alten Deutzer Postweg wurde am 04.09.2012 im Verkehrsausschuss beschlossen.

Der Beschluss wird somit als erledigt angesehen.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 30.03.2000
Ds-Nr.: 0433/000

Betreff: Erweiterung der P+R-Anlage Porz-Wahn

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH sicherzustellen, dass die im ÖPNV-Ausbauplan unter Nummer 30 angemeldete Maßnahme „Erweiterung der P+R-Anlage Porz-Wahn“ alsbald realisiert wird.

Sollten die der Anmeldung zugrunde liegenden Planungen wegen fehlender Grundstücke nicht realisiert werden können, wird die Verwaltung beauftragt, umgehend das mögliche Alternativkonzept eines „vollautomatischen Parkhauses“ vorzulegen.

Sachstand:

Die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH wurde liquidiert. Im Bebauungsplan Nr. 76360/05 – rechtsverbindlich seit dem 06.06.2007 – ist nunmehr eine Fläche für ein Park / Bike + Ride-Parkhaus ausgewiesen. Die Fläche ist Privateigentum. Die Teilfläche im Eigentum der DB Netz AG wurde durch das Eisenbahn-Bundesamt mit Bescheid vom 11.05.2012 von den Bahnbetriebszwecken freigestellt. Der erforderliche Grunderwerb konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die Finanzierung ist noch nicht gesichert.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 11.05.2000
Ds-Nr.: 0734/000

Betreff: Erstellung eines Staukatasters, hier: Ausbaustand

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein aktuelles Staukataster zu erarbeiten, an welche zehn Stellen im städtischen Verkehrsnetz die größten Verkehrsbehinderungen auftreten und wie der jeweilige Sachstand entsprechender Gegenmaßnahmen, die zur Beseitigung dieser Staus ergriffen werden müssten, ist.

Sachstand:

Das Grundsystem des Verkehrssystemmanagementrechners wird einem Upgrade unterzogen, da noch weitere Messquerschnitte angeschlossen werden. In diesem Upgrade ist die Auswerte- und Statistiksoftware zur Erstellung eines Staukatasters enthalten. Die Beauftragung des Upgrades wird eingeleitet, sobald die Haushaltssatzung 2012 in Kraft tritt.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 24.08.2000
Ds-Nr.: 1277/000

Betreff: Ausbau Dürener Straße

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Voraussetzungen für eine kurzfristige Optimierung der Kreuzung Dürener Straße/Militärringstraße zu schaffen. Hierzu ist auch eine von der Verwaltung beabsichtigte, durchzuführende Verkehrserhebung im Bereich Marsdorf/Dürener Straße bis zum Militärring auszuweiten. Die Ergebnisse sind in die Ausbauplanung mit einzubeziehen.

Eine kreuzungsfreie Lösung ist mittelfristig vorzusehen. Die Lösungsansätze sind mit Finanzierungsvorschlägen den zuständigen Gremien bis Ende 2000 vorzulegen.

Sachstand:

Für den Ausbau der Dürener Straße/Militärringstraße wird zur Zeit die Ausschreibung erstellt. Da der Knotenpunkt im Bereich der Umleitungsstrecke der Baumaßnahme Lärmschutzeinhausung A1 liegt und es so zu massiven Verkehrsbehinderungen kommen kann, wurde der Ausbau zunächst zurückgestellt. Mit der Ausführung soll aber nun voraussichtlich im März 2013 begonnen werden.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 24.08.2000, 28.06.2001
Ds-Nr.: 1278/000, 1215/001

**Betreff: Kreuzungsbereiche Militärringstraße – Luxemburger Straße
Bahnübergang Luxemburger Straße/Militärringstraße**

Beschluss:

Beschluss vom 24.08.2000:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) und der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) die Voraussetzungen zu schaffen, dass kurzfristig durch die Änderung der Sicherheitstechnik der Bahnübergänge Militärringstraße – Luxemburger Straße und Militärringstraße – Dürener Straße eine Reduzierung der Sperrzeiten für den Individualverkehr erreicht wird.

Dabei ist auch eine Umwandlung der Bahnübergänge von der EBO- in eine BOSTrab-Anlage zu berücksichtigen.

2. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die planerischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese hochbelasteten Verkehrsknoten mittelfristig für eine niveaufreie Führung der Hauptverkehrsströme ausgebaut werden. Sollten die planerischen Kapazitäten der Verwaltung nicht ausreichen, so ist die Planung umgehend an ein externes Büro zu vergeben.

Beschluss vom 28.06.2001:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, als Vorabmaßnahme die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Luxemburger Straße/Militärringstraße durch eine Optimierung der vorhandenen Lichtsignalanlage (LSA) unter Berücksichtigung der Neuordnung der Verkehrsflächen zu erhöhen. Voraussetzung ist die Sicherstellung der Finanzierung.
2. Darüber hinaus sind die Planungen für eine geeignete planfreie Lösung einzuleiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den anderen Kreuzungsbeteiligten (HKG, Landesstraßenbauverwaltung, SRS bzw. KVB) zu verhandeln, mit dem Ziel, die Finanzierung der Gesamtmaßnahme sicherzustellen.
4. Fußgänger- und Fahrradverkehr sollen in die Optimierungsversuche miteinbezogen werden.

Sachstand:

Für den Umbau der Kreuzung Militärring/Luxemburger Straße hat der Landesbetrieb Straßen NRW einen Vorentwurf aufgestellt. Nach der Genehmigung des Vorentwurfes

und der dazugehörigen Kostenteilung wird ein Termin angesetzt, um die Eisenbahnkreuzungsvereinbarung vorzustellen. Gleichzeitig werden die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren vorbereitet.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 24.08.2000
Ds-Nr.: 1299/00

Betreff: Thematische Gestaltung der Haltestellen im Zuge der Nord-Süd-Stadtbahn

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dass den mit der Erarbeitung eines Ausbaukonzeptes für die Haltestellen der geplanten Nord-Süd-Stadtbahn zu beauftragenden bzw. beauftragten Architekten ein thematischer Rahmen für ihre Planung im Sinne einer Zeitreise durch die Kölner Geschichte vorgegeben wird.

Dementsprechend sollen die Haltestellen in Architektur und künstlerischer Gestaltung die folgenden Themen aufgreifen:

- Rathaus Köln der Kelten, Germanen und Ubier,
- Heumarkt Köln und die Römer,
- Severinstraße Köln im Mittelalter,
- Kartäuserhof Köln, die Hansestadt,
- Chlodwigplatz Köln zur Franzosenzeit,
- Bonner Wall Köln und die Preußen.

Bei weiteren Haltestellen auf der Bonner Straße sollen Themen über das 20. Jahrhundert und die Gegenwart in die Zukunft führen.

Außerdem soll die Haltestelle Breslauer Platz dem Thema Eisenbahn und Industrialisierung gewidmet werden.

Sachstand:

Die künstlerische Gestaltung der Haltestellen der Nord-Süd-Stadtbahn ist Gegenstand des „Erweiterten Planungsbeschlusses für die Nord-Süd Stadtbahn“ (Ds-Nr. 0964/002) vom 14.11.2002. Da die künstlerische Gestaltung von Stadtbahnhaltestellen in Köln bereits Tradition hat (siehe z.B. die Haltestellen entlang der Venloer Straße), hat die Stadt Köln auch gegenüber den KVB die Bereitschaft zur Übernahme der benötigten, aber nicht zuwendungsfähigen Mittel in Höhe von 1,75 Mio. Euro erklärt. Zwischen den KVB und der Stadt wurde vereinbart, dass ein zweistufiger Künstlerwettbewerb ausgeschrieben wird.

Nach einer intensiven Diskussion traf die 16köpfige Beurteilungsjury ihre Entscheidung im KVB-Künstlerwettbewerb. Zur Umsetzung empfohlen wurden die Gestaltungsvorschläge von vier international renommierten Künstlerinnen und Künstlern:

Tue Greenfort, 1973 in Holbæk/ Dänemark, geboren, lebt und arbeitet in Dänemark und Berlin. Er studierte an der Städelschule in Frankfurt am Main bei Thomas Bayrle sowie an der Akademie Fünen/ Dänemark bei Jesper Christiansen und Lars Bent Petersen.

Heimo Zobernig, 1958 in Mauthen/ Kärnten geboren, lebt und arbeitet heute in Wien. Er studierte an der Akademie der bildenden Künste und der Hochschule für angewandte Kunst Wien und ist als Professor an der Hochschule für bildende Künste Hamburg, an der Städelschule Frankfurt am Main sowie an der Akademie der bildenden Künste Wien tätig gewesen.

Werner Reiterer, 1964 in Leibnitz/ Steiermark geboren, lebt und arbeitet heute ebenfalls in Wien. Er studierte Grafik an der Akademie der bildenden Künste Wien bei Prof. Maximilian Melcher und ist Mitglied des Grazer Forum Stadtpark und der Wiener Secession.

Katharina Grosse, 1961 in Freiburg/ Breisgau geboren, lebt und arbeitet in Berlin. Frau Grosse absolvierte ein Studium an den Kunstakademien Münster und Düsseldorf bei Norbert Tadeusz und Gotthard Graubner. Seit 2000 hat sie eine Professur an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee inne.

Die Jury hat sich aufgrund der hohen künstlerischen Qualität und Originalität für diese in ihren formalen Medien (Video/ Liveübertragung, Sound, Malerei, Skulptur) und konzeptionellen Ansätzen sehr unterschiedlichen Entwürfe entschieden. Darüber hinaus gehörten zu den Auswahlkriterien u.a. auch die Nachhaltigkeit, die technische Machbarkeit und die Realisierung der Projekte innerhalb eines konkret benannten Kostenrahmens mit einem Volumen von insgesamt 1,5 Millionen Euro.

„Die Kunstwerke sind nicht nur ein Gewinn für die neuen U-Bahn-Stationen, sondern eine echte Attraktion für alle Besucher, ob Bürger oder Touristen, und über die funktionale Nutzung als Bauwerk für den Öffentlichen Personennahverkehr hinaus“, so Jürgen Fenske, Vorstandssprecher der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, über das Ergebnis.

Verlauf und Bedingungen des Wettbewerbs

Im Mai 2007 wurde der Künstlerwettbewerb durch den Auslober, die KVB, nach EU-Norm ausgeschrieben. Aus 222 Einsendungen wurden im Herbst 2007 in einer ersten Auswahljury 27 Positionen ausgewählt, dazu gehörten neben den nun ausgewählten Thomas Bayrle, Angela Bulloch, Hans-Peter Feldmann, Liam Gillick, Jeppe Hein, Carsten Höller, Jannis Kounellis, Studierende der KHM Betreuung/Prof. Mischa Kuball, Joep van Lieshout, M+M, Olaf Metzel, Paul Morrison, Susan Philipsz, Tobias Rehberger, RELAX (chiarenza&hauser&co), Christine Rusche, Michael Sailstorfer, Gregor Schneider, Rolf Walz, Johannes Wohnseifer sowie Peter Zimmermann.

Zusammen mit den 13 bereits durch das Verfahren gesetzten Künstlerinnen und Künstlern (Barenbrock+Osterwald, Guillaume Bijl, Ceal Floyer, Doris Frohnapfel, Hans Haacke, Stefan Hofmann, Peter Kogler, Thomas Schönauer, Stefan Sous, Joelle Tuerlinckx, Birgitta Weimer, Lawrence Weiner sowie Eusebius Wirdeier) ergab sich ein Teilnehmerfeld von insgesamt 40 Künstlerinnen und Künstlern. Aus den Einreichungen aus diesem Feld wurden in der ersten Sitzung der Beurteilungsjury am 28. April 2008 zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgewählt, die ihre Entwürfe zum 30. Januar 2009 weiter konkretisierten und ausformulierten. Seit dieser zweiten Wettbewerbsstufe verlief das gesamte Verfahren anonym.

Der Vorsitzende der Jury, Kaspar Kraemer, Architekt, erläutert die Entscheidung wie folgt: „Wir waren alle überrascht und erfreut darüber, wie originell und individuell sich die Künstler mit der gegebenen Architektur auseinandergesetzt haben, so dass sich in

Zukunft ein spannender und vielseitiger Kunstparcours unter der Oberfläche der Stadt entlang ziehen wird.“

Die Gestaltungsideen

Tue Greenfort hat unter dem Titel „Neobiota“ ein Konzept vorgestellt, bei dem mit Hilfe moderner Technik die Spezies der „Kölner Sittiche“ beobachtet und die Lebensweise dieser Vögel, die sich in Köln angesiedelt haben, auf Monitore übertragen in den Haltestellen mitzuverfolgen ist.

Heimo Zobernig hat für die Haltestelle Rathaus ein Wandfries aus Aluminium kreiert, das als Positiv- und als Negativ-Variante abstrahiert den Schriftzug der Haltestelle wiedergeben wird.

Werner Reiterers Entwurf ist unsichtbar: Er schickt in regelmäßigen Abständen einen „Geisterzug“ auf die Reise, der die Nord-Süd Stadtbahn-Strecke befährt. Er wird als Durchsage angekündigt, man hört ihn kommen. Nur sehen wird man ihn – auch an der Haltestelle Heumarkt, wo das Projekt umgesetzt wird - nie.

Katharina Grosse wird eine große, farbgewaltige Wandmalerei in der Haltestelle Chlodwigplatz realisieren: Ein abstraktes Wandgemälde, das in Sprühtechnik entsteht.

Umsetzung der Projekte

Nachdem der Wettbewerb nun abgeschlossen und entschieden ist, kann die direkte Kommunikation und Abstimmung zwischen Künstlern und Architekten sowie der Ausbauplanung beginnen. Es ist vorgesehen, die künstlerischen Gestaltungen/ Entwürfe zeitnah im Verlauf des Ausbaus an den jeweiligen Haltestellen umzusetzen.

■

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 05.12.2000
Ds-Nr.: 1979/000

Betreff: Erhöhung der Einstellplatzkapazität der P+R-Anlage Thielenbruch

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einstellplatzkapazität der P+R-Anlage Thielenbruch bedarfsgerecht zu erhöhen (derzeit 126 Stellplätze).

Sachstand

Nach dem Beschluss des Rates vom 19.12.2002 über zukünftige Prioritäten bei GVFG-Projekten ist die Erweiterung der P+R-Anlage Thielenbruch nachrangig in Kategorie „F, Neue Maßnahmen mit Priorität III“ eingestuft worden. Daher sind derzeit keine Aussagen zu Realisierung und Finanzierung möglich.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 27.03.2001
Ds-Nr.: 0463/001 und 0530/001

Betreff: 8-spuriger Ausbau der Zoobrücke

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zoobrücke zwischen den Anschlussstellen Deutz und Rheinuferstraße in beiden Richtungen jeweils vierspurige Verkehrsführung auf ihre Realisierbarkeit hin zu prüfen und - soweit wie möglich - umzusetzen. Das Ziel soll durch Umwandlung der Radwege in eine zusätzliche Spur und Zusammenlegung von Fuß- und Radweg bzw. deren Bündelung für beide Richtungen auf der Nord- oder Südseite der Brücke erreicht werden.

Dabei sind folgende Punkte zu prüfen:

- Inwiefern kann die jeweils zusätzlich gewonnene vierte Spur ausschließlich für die Abfahrten, stadtauswärts für die Abfahrt Deutz / Messe / KölnArena bzw. stadteinwärts für die Abfahrt Rheinuferstraße, genutzt werden?
- Kann die Abfahrt von der Zoobrücke zum Rheinufer zweispurig ausgebaut werden für den Fall, dass die Station der Rheinseilbahn im Zuge der Errichtung des Cologne-Science-Center verlegt wird?
- Können die Ampelschaltungen für die jeweiligen Abfahrten optimiert werden, um den Verkehrsabfluss, sowohl stadtein- als auch stadtauswärts zu verbessern?
- Welche Auswirkungen haben die Baumaßnahmen auf den Verkehrsfluss, sowohl stadtein- als auch stadtauswärts?

Für die gesamte Baumaßnahme ist eine detaillierte Kostenermittlung vorzunehmen und dem Ausschuss vorzulegen.

Sachstand:

Nach dem derzeitigen Terminplan ist eine Sanierung der Zoobrücke ab 2021 vorgesehen. In diesem Zusammenhang kann erst der 8-spurige Ausbau geprüft werden.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 21.02.2002
Ds-Nr.: 0187/002

Betreff: Anpassung von U-Bahnhaltestellen an Niederflur

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, an den U-Bahnhaltestellen im Zuge der Ringe, der Neusser Straße und des rechtsrheinischen Niederflurnetzes die Übergänge von den unteren Enden der Rolltreppen zu den Bahnsteigen mit Rampen auszustatten. Die projektbezogenen Finanzierungs- und Zuschussmöglichkeiten sind darzustellen.

Sachstand:

An der Haltestelle Vingst wurden entsprechende Rampen hergestellt. Weitere Planungen wurden zugunsten der überwiegend zeitnah geplanten Aufzugsnachrüstungen zurückgestellt.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 21.02.2002
Vorlagennummer: 0122/002

Betreff: Optimierung von Kreuzungsbereichen bzw. Einmündungen durch Kreisverkehre

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welchen Kreuzungsbereichen bzw. Einmündungen erneuerungsbedürftige oder geplante Lichtsignalanlagen durch andere Knotenpunktformen (z. B. Kreisverkehre) ersetzt werden können.

Grundlage dieser Prüfung soll das Programm „Verkehrstechnik Köln“ (Überprüfung der Knotenpunktbetriebsformen, Tabelle 25) sein.

Sachstand:

Eine stadtweite Prüfliste ist bereits beschlossen und wird sukzessive abgearbeitet. Die einzelnen Maßnahmen werden den jeweiligen Gremien gesondert vorgelegt. Die Verwaltung sieht diesen Beschluss daher als erledigt an.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 04.07.2002
Ds-Nr.: 0551/002 und 1087/002

Betreff: Rolltreppen an U-Bahn-Ausgängen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. im Vorgriff auf eine Umrüstung von bestehenden Ein-Richtungs-Rolltreppen auf einen Zwei-Richtungs-Betrieb in Absprache mit der KVB eine Nutzungsbeobachtung durchzuführen.
2. nach Auswertung der Daten dem Ausschuss Bau und Verkehr darzustellen, an welchen U-Bahn-Stationen die geforderten Sicherheitsanforderungen erfüllt werden können, ob die jeweilige Fahrtreppenkonstruktion hierfür ausgelegt ist und inwiefern eine Umstellung auf den Zwei-Richtungs-Betrieb auch im Hinblick auf die entstehenden Umstellungskosten von rd. 240.000 € pro Fahrtreppe objektspezifisch sinnvoll erscheint.
3. bei dem Einbau von neuen Rolltreppen im Stadtgebiet die Möglichkeit der Einrichtung eines Zwei-Richtungs-Betriebes grundsätzlich zu prüfen und dem Ausschuss Bau und Verkehr zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

Zu 1.:

Eine Nutzungsbeobachtung wird jeweils bei den zur Sanierung anstehenden Fahrtreppen durchgeführt.

Zu 2.:

2013/14 stehen weitere Fahrtreppenerneuerungen z.B. an den Haltestellen Kalk Post und Kalk Kapelle an.

Alle zu erneuernden Fahrtreppen werden grundsätzlich für den Zweirichtungsbetrieb vorgerüstet. Die Freischaltung für den Zweirichtungsbetrieb wird abhängig vom Verkehrsaufkommen festgelegt.

Zu 3.:

Neue Fahrtreppen sind derzeit nur beim Bau der Nord-Süd-Stadtbahn geplant. Bei der Planung wird an allen Ausgängen, die nur über eine Fahrtreppe verfügen, grundsätzlich ein möglicher Zweirichtungsbetrieb geprüft. Eine abschließende Entscheidung ist erst im Rahmen der Ausführungsplanung möglich bzw. erforderlich.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 12.09.2002
Ds-Nr.: 1095/002

Betreff: Einbau von Messschleifen auf der Fahrbahn Gürtel

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert:

1. Zu prüfen, ob durch geeignete Maßnahmen, wie z.B. den Einbau von Messschleifen auf der Fahrbahn, die schaltungstechnisch in die vorhandenen Lichtsignalanlagen zu integrieren sind, die Verkehrssituation an der Ecke Gürtel / Kreuzung Dürener Straße optimiert werden kann. Die anfallenden Kosten für die in Frage kommenden Maßnahmen sind zu benennen.
2. Zu prüfen, ob auch an anderen Punkten des Gürtels Messschleifen Kreuzungsproblematiken von querenden Hauptverkehrsstraßen lösen könnten.
3. Sofern sich zu 2. Konkrete Anhaltspunkte ergeben, diese unter Nennung der dafür anfallenden Kosten in einer Prioritätensvorschlagsliste zu erfassen. Die vorgenannte Liste ist dem Ausschuss Bau und Verkehr zur Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat zu diesem Beschluss eine Verwaltungsvorlage (4623/2007) zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 03.02.2009 vorgelegt.

Die straßenplanerische Ausführungsplanung wurde inzwischen fertig gestellt und die Signalplanung entsprechend angepasst. Nach den Sommerferien wird der Gutachter der Verwaltung und der KVB AG die verkehrsabhängige Steuerung und das Ergebnis seiner Leistungsfähigkeitsuntersuchung vorstellen. Danach erfolgt die Vorstellung im Verkehrsausschuss mit dem Ziel, einen Baubeschluss zu erwirken. Anschließend wird der Umbau der Kreuzung in die Wege geleitet.

Dieser Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 24.07.2003
Ds-Nr.: 0721/003 und 1002/003

Betreff: Stilllegung der Fahrtreppen am Ebertplatz

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert:

1. mit den Verantwortlichen der KVB in Verhandlungen darüber einzutreten, die Wartung und Unterhaltung der unter Ziffer 2 zur Disposition stehenden Fahrtreppen durch die KVB und gegen Kostenerstattung durch die Stadt zu übernehmen.
2. die Schließung der sechs Fahrtreppen nicht durchzuführen, sondern drei Fahrtreppen, nämlich sowohl die auf- als auch die abführende Fahrtreppe am Eigelstein sowie die aufführende Rolltreppe in der Neusser Straße funktionstüchtig zu erhalten. Eine entsprechende Hinweisbeschilderung ist vorzusehen.
3. zu prüfen, ob neben diesen drei Treppen eine Treppe von der Neusser Straße abwärts zum Rollen gebracht werden kann und darzustellen, welche Kosten dadurch entstehen würden.
4. einen ebenerdigen, geraden Überweg über die vorhandene Betonplatte vom Eigelstein zur Neusser Straße einzurichten. Dies umfasst die Wegführung von der Neusser Straße über die bestehende Busspur durch die Grünanlage (Verlauf Trampelpfad) bis zum Eigelstein. Diese Lösung schafft aus Sicht der Antrag stellenden Fraktionen wieder eine gerade, behindertengerechte Fußgängerverbindung zwischen Eigelstein und Neusser Straße und wäre eine stadtgestalterisch gute und auf lange Sicht kostengünstige Lösung. Aus Sicht der Verwaltung mögliche Alternativen sind dem Ausschuss vorzustellen.
5. zur Finanzierung der genannten Maßnahmen die eingesparten Haushaltsmittel durch die Stilllegung der zwei auf der Ostseite des Heumarktes gelegenen Fahrtreppen sowie die Kosten, die die Verwaltung für die Stillstandswartung der Fahrtreppen am Ebertplatz und die dort baulich vorzusehenden Sicherheitsmaßnahmen (Absperrung, Umzäunung etc.) bisher veranschlagt hat, heranzuziehen.

Sachstand:

Maßnahmen für eine ebenerdige Querung unter gleichzeitiger Beibehaltung von zwei auf- und abwärtsführenden Fahrtreppen zum Eigelstein und zur Neusser Straße sind bereits realisiert.

Durch den Städtebaulichen Masterplan für die Innenstadt Köln haben sich inzwischen neue stadtgestalterische Anforderungen an den gesamten Interventionsraum

der Kölner Ringe und damit auch an die städtebauliche Qualität des Ebertplatzes ergeben.

Die Verwaltung hat auf der Grundlage des Städtebaulichen Masterplans bereits mögliche Potenziale zur Attraktivierung des Ebertplatzes im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft und zur Entscheidung vorgelegt.

Der Rat hat am 13.10.2011 entschieden, dass zuerst auch die Machbarkeit einer Quartiersgarage überprüft wird. Anschließend müssen die weiteren Planungen zur Umgestaltung des Platzes erfolgen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 03.05.2005
Ds-Nr.: 0661/005

Betreff: Realisierung des III. Bauabschnitts der Nord-Süd-Stadtbahn

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den zuständigen Stellen beim Land und Bund mit dem Ziel aufzunehmen, die Finanzierung der III. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn zeitnah sicher zu stellen. Hierzu sind geeignete Vorschläge zu erarbeiten, die den vorgesehenen Fertigstellungstermin nicht gefährden und die finanzielle Belastung für die Stadt Köln nicht erhöhen. Dabei ist auch zu prüfen, wie die langfristig vorgesehene Gürtelbahn in dieses Konzept integriert werden kann.

Sachstand:

Da der Verkehrswert der Nord-Süd Stadtbahn maßgeblich von einer Realisierung aller drei Baustufen abhängt, haben Bund und Land eine zeitnahe Umsetzung der dritten Baustufe gefordert und gleichzeitig die Förderung der dritten Baustufe im Zusammenhang mit der ersten und zweiten Baustufe zugesagt.

Bereits Anfang 2008 hat der Rat die Entscheidung zur Trassenführung getroffen. Zwischen Marktstraße und Verteilerkreis soll danach die Stadtbahn auf einem besonderen Bahnkörper in Mittellage der Bonner Straße verkehren. Am Verteilerkreis ist eine Park & Ride-Anlage vorgesehen. Der genaue Standort muss noch abgestimmt werden. Zwischen Verteilerkreis und Gürtel sind zwei Fahrspuren je Richtung vorgesehen. Zwischen Gürtel und Schönhauser Straße kann der Querschnitt auf eine Spur je Richtung reduziert werden.

2011 hat der Rat die Durchführung der Maßnahme in Eigenregie der Stadt Köln beschlossen. Eine Projektgruppe wurde im Amt für Brücken und Stadtbahnbau eingerichtet. Zwischenzeitlich wurden nach Durchführung europaweiter Ausschreibungen die Leistungen der Projektsteuerung und Objektplanung vergeben.

Es ist vorgesehen, 2013 das Planfeststellungsverfahren einzuleiten

Nach derzeitigem Rahmenterminplan ist die Inbetriebnahme für 2018 geplant.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 21.03.2006
Ds-Nr.: 1582/005

Betreff: Car-Sharing Plätze im öffentlichen Raum

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- dem Ausschuss beschlussreif vorzulegen, unter welchen Voraussetzungen das Bremer Modell auf Köln übertragbar ist und auf welcher Grundlage reine Car-Sharing Stationen im öffentlichen Raum herzustellen sind
- Verhandlungen mit potenziellen Betreibern von Car-Sharing Stationen im öffentlichen Raum aufzunehmen, mit Berücksichtigung der im Umweltzeichen „Blauer Engel“ festgelegten Kriterien
- dem Ausschuss, unter Einbeziehung des Stadtentwicklungsausschusses, geeignete Standorte zur Errichtung von Car-Sharing Stationen und/oder Mobilpunkten vorzuschlagen. Dies soll als Modellversuch vorerst im Stadtbezirk Innenstadt und einem weiteren städtischen Bezirk (z.B. Nippes oder Ehrenfeld) gestartet werden. Die potenziellen Car-Sharing Stationsbetreiber sollen in die Beratung einbezogen werden.

Sachstand:

Zuletzt wurden vier neue Stationen genehmigt (siehe Mitteilung 1340/2012 der Verwaltung zur Sitzung des Verkehrsausschusses vom 08.05.2012). Darunter ist auch ein Standort in Ehrenfeld. Die Verwaltung wird auch weiterhin Anträge und Anfragen von Car-Sharing-Anbietern in dieser Hinsicht weiterverfolgen.

Damit sind alle Punkte des Beschlusses abgearbeitet und der Beschluss ist als erledigt zu betrachten.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 30.05.2006
Ds-Nr.: 0713/006 und 0826/006

Betreff: Verlängerung der Stadtbahnlinie 3

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 als oberirdische Linie bis zum Görlinger Zentrum zu planen. Die Planung soll so erfolgen, dass die Gesamtkosten der Maßnahme **unter** 10 Mio. € bleiben. Dabei soll die Bahnlinie möglichst nah an das Görlinger Zentrum herangeführt werden.

Es sind insbesondere folgende Varianten zu untersuchen:

- Verlängerung der Trasse mit einer Endhaltestelle in Höhe der Tollerstraße
- Verlängerung der Trasse mit einer Endhaltestelle in Höhe des Schumacherrings nördlich der Schule
- Verlängerung der Trasse bis zum Buschweg

In jedem Fall soll die Endhaltestelle mit dem Busverkehr angemessen verknüpft werden.

Sachstand:

Die Untersuchung und Bewertung von Varianten der Trassenführung, insbesondere im Hinblick auf Erschließung, Busanbindung, Umweltauswirkungen und Kriminalprävention, kam zu folgendem Ergebnis:

- Bei einer Führung der Trasse mit einer Endhaltestelle in Höhe der Tollerstraße oder dem Buschweg wird das Gebiet nur unterdurchschnittlich erschlossen.
- Trassen, die eine möglichst gute Anbindung an das Görlinger Zentrum und eine qualitativ gute fußläufige Erschließung der Siedlung ermöglichen, liegen im Bereich des Schumacherrings. In diesem Bereich sind wiederum mehrere Varianten denkbar, die jeweils unterschiedliche Vorteile aufweisen, aufgrund der Nähe zur bestehenden Bebauung aber auch deutliche Betroffenheiten bei den Anwohnern bzw. den angrenzenden Einrichtungen auslösen.

Um eine höchstmögliche Akzeptanz für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 zu erzielen, hat die Verwaltung die Bürger frühzeitig und umfassend über die Planung informiert. Die Bürger wiederum konnten eigene Anregungen und Vorschläge zur Trassenführung in die Planung einbringen. Im Ergebnis haben diese Diskussionen und Anregungen ergeben, dass bei der Variante „Schumacherring - Schule“ die größte Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erwarten ist.

Der Verkehrsausschuss und der Rat wurden bereits umfassend über den aktuellen Stand der Planungen informiert. Der Rat hat in seiner Sitzung am 10.09.2009 beschlossen, die Variante Schumacherring - Schule weiterzuverfolgen und die betroffene Schule vor Ort in die weiteren Planungen einzubeziehen (Ds-Nr. 1876/2009). Derzeit läuft das Planfeststellungsverfahren.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 23.01.2007
Ds-Nr.: A/0004/007

Betreff: Maßnahmen zur Attraktivierung der den Rhein querenden KVB-Stadtbahnlinien im Rahmen der geplanten Brückensanierung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Kölner Verkehrsbetrieben und dem Land NRW als Zuschussgeber die zumindest mittelfristige Realisierungsabsicht zum Neubau der Haltestelle Rheinauhafen auf der Severinsbrücke und zum Verkehr den Rhein querenden KVB-Stadtbahnlinien in Dreifachtraktion zu klären, mögliche Synergieeffekte zu den nun anstehenden Brückensanierungsarbeiten zu untersuchen und entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Sachstand:

Im Zuge der vorbereitenden Arbeiten zur Sanierung der Kölner Rheinbrücken wurden und werden immer auch mögliche Synergieeffekte mit geplanten Um- oder Neubaumaßnahmen an den Brückenbauwerken untersucht und bewertet. In diesem Zusammenhang wird auch untersucht, ob eine zusätzliche Stadtbahnhaltestelle auf der Severinsbrücke verkehrlich sinnvoll und technisch machbar ist.

Nach Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln sind im Rahmen der Beantragung von Fördermitteln immer auch Aussagen zum Verkehrswert einer neuen Haltestelle, zur Entwicklung des gesamtstädtischen Liniennetzplanes und zur städtischen Prioritätensetzung bei Um- und Neubaumaßnahmen erforderlich.

Zur Ermittlung des Verkehrswertes einer zusätzlichen Haltestelle auf der Severinsbrücke wurde daher ein Gutachten vergeben. Im Ergebnis wurden ein hoher Nutzen, aber auch hohe Kosten für eine zusätzliche Haltestelle auf der Severinsbrücke prognostiziert. Auf der Grundlage dieses Nutzen-Kosten-Faktors und im Rahmen der gesamtstädtischen Prioritätensetzung sowie in Abhängigkeit von der Haushaltslage ist zu klären, ob bzw. wann eine Haltestelle auf der Brücke realisiert werden soll.

Die Frage und Klärung einer möglichen Tauglichkeit der Brücke für den Betrieb in Dreifachtraktion wird im Zuge der derzeit anstehenden Planungen berücksichtigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 12.06.2007
Ds-Nr.: A/0216/007

Betreff: Flächendeckende Straßenbeschilderung

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, insbesondere in der Kölner Innenstadt dafür Sorge zu tragen, dass eine flächendeckende Straßenbeschilderung vorhanden ist.

Hierbei sind fehlende Straßenbenennungsschilder vorrangig dort zu installieren bzw. zu ersetzen, wo die Hauseigentümer/-innen hiermit einverstanden sind. In allen anderen Fällen sind die rechtlichen Möglichkeiten hinsichtlich der Anbringung von Straßenbenennungsschildern an Hausecken zu prüfen.

Sachstand:

Die Fertigstellung der Straßenbenennungsbeschilderung des gesamten Stadtgebietes erfolgt im Frühjahr 2013.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 12.06.2007
Ds-Nr.: A/0238/007

Betreff: Stärkung des Fahrradverkehrs in Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. sich aktiv an der gemeinsamen Aktion des ADFC und der AOK Rheinland vom 01. Juni bis 31. August 2007 „Mit dem Rad zur Arbeit“ zu beteiligen.
2. einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten mit dem Ziel, die städtischen Mitarbeiter/-innen generell zur stärkeren Nutzung des Fahrrades zu motivieren (z.B. kostenlose Fahrradreparaturen, Beratung bzgl. der besten Radwegeverbindungen von zu Hause zur Arbeit, Bereithaltung von Diensträdern etc.)
3. zu überprüfen wo bisher im Einsatz befindliche Dienstfahrzeuge durch Dienstfahrräder ersetzt werden können
4. den Ausschuss zeitnah über die Ergebnisse zu informieren.

Sachstand:

Zu den Punkten 1 und 2:

Mit der verwaltungsinternen Mitarbeiteraktion "Radeln Sie sich fit zur Arbeit" hat die Verwaltung die Aktion des ADFC und der AOK in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. In den vergangenen drei Jahren erfreute sich die Aktion sehr großen Zuspruchs. Nicht zuletzt durch attraktive Preise, die von Sponsoren bereitgestellt werden. In diesem Jahr sind unter anderem wieder zwei hochwertige Fahrräder zu gewinnen, wenn Bedienstete im Aktionszeitraum von Mai bis August insgesamt mindestens 25 Tage mit dem Rad zur Arbeit kommen.

Die Bewerbung erfolgt wie schon in den vergangenen Jahren über das Intranet, über die Dauerausstellung zum Radverkehr in der Magistrale sowie über ein Begleitschreiben zum Gehaltsstammblatt.

Die Aktion wird auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden.

Zu Punkt 3:

Im Jahr 2010 wurde eine verwaltungsweite Befragung zum Besatz und zum Bedarf von Dienstfahrrädern in den einzelnen Ämtern durchgeführt. Im Ergebnis ergab sich ein Besatz von etwa 30 Diensträdern, wovon jedoch ein Großteil in einem schlechten Zustand ist. Der Bedarf an Diensträdern wird von den Befragten in der Summe auf etwa 120 Räder geschätzt. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat das Umwelt- und Verbraucherschutzamt in Abstimmung mit dem Team des Fahrradbeauftragten 50.000 € für die Anschaffung neuer Diensträder für die Stadtverwaltung in die Beschlussvorlage zum "Klimaschutzkonzept - Sofortmaßnahmenprogramm 2012" aufgenommen. Das Sofortmaßnahmenprogramm wurde zwischenzeitlich beschlossen, so dass mit einer

Anschaffung von circa 50 Rädern Ende 2012, Anfang 2013 zu rechnen ist.

Die Verwaltung sieht den Beschluss als erledigt an.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 23.10.2007
Vorlagennummer: AN/0906/2007

Betreff: Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Waldecker Straße in Köln-Buchforst

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planung für den Rückbau der Waldecker Straße in Köln Buchforst zu erarbeiten und dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Mülheim zur Beschlussfassung vorzulegen. Ziel der Planung soll eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität und eine besser gestalterische Einbindung der Straße als Allee in das Straßenbild sein. Es sollen zusätzliche Überquerungsmöglichkeiten für Fußgänger geschaffen werden und die Radverkehrsführung in punkto Sicherheit deutlich verbessert werden. Bei der Planung sind die Platzansprüche des Wochenmarktes zu berücksichtigen. Die Finanzierung ist sicherzustellen.

Sachstand:

Die Ausführungsplanung wurde den politischen Gremien im Sommer 2011 vorgelegt. Der Rat hat in der Sitzung am 14.07.2011 die Verwaltung beauftragt, die Waldecker Straße nach Sicherstellung der Finanzierung umzugestalten und das Vergabeverfahren durchzuführen.

Die Maßnahme befindet sich derzeit im Ausschreibungsverfahren und steht kurz vor der Vergabe. Der Baubeginn soll noch 2012 erfolgen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 27.11.2007
Vorlagennummer: AN/1402/2007

Betreff: Aktualisierung und Umsetzung des "Verkehrskonzeptes Lövenich, Weiden, Junkersdorf"

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

dem Verkehrsausschuss ist ein Sachstandsbericht zum Verkehrskonzept Lövenich vorzulegen. Daraus soll auch detailliert hervorgehen, welche Maßnahmen bereits realisiert wurden, welche sich in der Umsetzung befinden, welche Projekte noch nicht begonnen wurden oder zusätzlich geplant werden müssen. Für Maßnahmen, die noch nicht umgesetzt wurden, ist ein Zeit-Maßnahmen-Plan für eine zeitnahe Realisierung vorzulegen.

Das Verkehrskonzept ist darüber hinaus mit dem Ziel der Vermeidung von Durchgangsverkehren in den Wohngebieten Lövenich, Weiden und Junkersdorf unter Berücksichtigung von bereits realisierten sowie in Planung befindlichen Bauvorhaben im Umfeld erneut zu überprüfen und fortzuschreiben. Die Ergebnisse sowie die daraus resultierenden Maßnahmen sind dem Ausschuss sowie der Bezirksvertretung Lindenthal zur Beschlussfassung vorzulegen. Des Weiteren ist den Gremien halbjährlich über den Umsetzungsstand zu berichten.

Sachstand:

Die in der Mitteilung (5858/2009) aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 03.02.2009, TOP 6.5. aufgelisteten "zukünftige Maßnahmen" wurden weitgehend umgesetzt. Folgende Maßnahmen befinden sich noch im Arbeitsprogramm: Radverkehrsführung Belvederestraße Nord, Minikreisverkehr Egelspfad/Am Lindenberg, Verbesserung der Querungshilfe Ostlandstraße und Geh- und Radverbindung über Jungbluthbrücke. Die Einrichtung von Tempo 30-Zonen wird bis Ende des Jahres 2012 abgeschlossen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 15.01.2008
Vorlagennummer: AN/1683/2007

Betreff: U-Bahn-Haltestelle Vingst - Barrierefreiheit

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Die U-Bahn-Haltestelle „Vingst“ mittelfristig durch Ausstattung mit Aufzügen barrierefrei zu gestalten.
2. Im Rahmen der Nahverkehrsplanung ist zu prüfen, ob die Bus-Linienführung kurzfristig und bis zur Realisierung von Punkt 1. so geändert werden kann, dass mindestens eine Buslinie von der U-Bahn-Haltestelle „Vingst“ eine nahe gelegene barrierefreie U-Bahn-Haltestelle anfährt, um Behinderten so Zugang zu einer behindertenfreundlichen Station zu gewähren.

Sachstand:

Die Planungen für die Nachrüstung der Haltestelle Vingst mit Aufzügen wurden aufgenommen. Ein Planungsbeschluss mit der Festlegung von Aufzugsstandorten liegt vor. Der Baubeginn ist nach derzeitigem Sachstand für 2014 geplant..

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 15.01.2008
Vorlagennummer: AN/1711/2007

Betreff: Fahrradfreundliche Gestaltung der Einmündung Dürener Straße/Universitätsstraße

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Einmündung Dürener Straße/Universitätsstraße fahrradfreundlich gestaltet werden kann, um Radfahrerinnen und Radfahrern in Fahrtrichtung Universität das Überqueren der Dürener Straße während einer Ampelphase zu ermöglichen.

Sachstand:

Die Planung hat sich etwas verzögert, so dass die Vorlage (3938/2011) dem Verkehrsausschuss erst nach der Sommerpause 2012 vorgelegt werden konnte. Ein abschließender Beschluss wird Anfang 2013 erwartet.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 19.02.2008
Vorlagennummer: AN/0338/2008

Betreff: Baustellenmanagement

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den zur Einrichtung eines Baustellenmanagements erforderlichen Personalbedarf zu definieren und die erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel zu beziffern. Ziel ist es, die Koordination, die Kommunikation und die Information im Problemfeld Baustellenmanagement deutlich zu verbessern.

Sachstand:

Mit der Veröffentlichung des Kölner Verkehrskalenders unter www.stadt-koeln.de wurde die Informationsqualität im Rahmen des Baustellenmanagements entscheidend verbessert. Der Verkehrskalender wird sowohl von Bürgern und Institutionen als auch von Veranstaltern und Planern zur Informationsgewinnung über zukünftige Verkehrssituationen genutzt. Zwischenzeitlich ist der Verkehrskalender auch eine "Ankerapplikation" der Stadt Köln App.. Der Ausbau der technischen Plattform zur Vertiefung von Abstimmungen frühzeitiger Planungen von Baumaßnahmen wird im Jahr 2013 erfolgen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 06.05.2008
Vorlagennummer: AN/0652/2008

Betreff: Prioritätenliste für die Unterhaltung von Radwegen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1.
eine Prioritätenliste für die Unterhaltung von Radwegen mit den Bezirksvertretungen analog des Programms Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet aufzustellen.
2.
anhand der Prioritätenliste dem Ausschuss jährlich einen Vorschlag vorzulegen, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Die Finanzierung erfolgt aus den dort eingestellten Mitteln.
3.
Die anvisierten Maßnahmen werden im Rahmen der Priorisierung jeweils auf die Aktualität der vorhandenen Anlagen hin überprüft und ggf. Planungsänderungen vorgenommen (z.B. Umwandlung Radwege in Fahrradschutzstreifen)

Sachstand:

Am 11.05.2010 hat der Verkehrsausschuss das Sanierungsprogramm für 2010 (0603/2010) beschlossen. 2011 und 2012 wurden keine zusätzlichen Maßnahmen zur Beschlussfassung vorbereitet, da die Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen zunächst Priorität hat. Im Jahr 2011 konnten zahlreiche Sanierungen, mit einer Gesamtlänge von etwa 10 Kilometer, umgesetzt werden: Aachener Straße, Stadtwaldgürtel sowie Teilbereiche des Pfälzischen Rings und der Olpener Straße.

2012 sind aktuell die Sanierung des Vorgebirgsparks und der Elbeallee abgeschlossen. Bei der Elbeallee wurde erstmals die Radverkehrsführung komplett geändert, indem vorherige, bauliche Radwege zurückgebaut und stattdessen Schutzstreifen auf der Fahrbahn markiert wurden.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 19.08.2008
Vorlagennummer: AN/1334/2008

Betreff: Einrichtung von "shared spaces" als gesamtstädtisches Pilotprojekt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie der Bereich der Ehrenstraße zwischen Friesenwall und Apostelnstraße, sowie die Breite Straße zwischen Gertrudenstraße und Auf dem Berlich mit den dazugehörigen Plätzen modellhaft als „shared space“ ausgebildet werden kann.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, im Einvernehmen mit den zuständigen Bezirksvertretungen zu prüfen, ob andere Bereiche für die Einrichtung als „shared spaces“ in Frage kommen.

Hierbei ist auf die Erfahrungen aus den Niederlanden und Deutschland zurückzugreifen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat zur Umgestaltung Ehrenstraße in 2012 eine Beschlussvorlage (0017/2011) eingebracht. Die Fragen – auch im Rahmen der Beratung aus dem Stadtentwicklungsausschusses vom 07.02.2012 - werden zur Zeit bearbeitet.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 02.12.2008
Vorlagennummer: AN/1688/2008

Betreff: Autobahnschilder Weltkulturerbe Kölner Dom

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Köln soll sich beim Land Nordrhein-Westfalen dafür einsetzen, Hinweisschilder mit der Aufschrift „Weltkulturerbe Kölner Dom“ an die auf Köln zulaufenden Autobahnen zu installieren. Es handelt sich dabei um die braunen Schilder, welche auf kulturelle oder natürliche Sehenswürdigkeiten verweisen. Die Kosten für ein Schild, entsprechende Mittel sind von der Verwaltung vorzuhalten, würden sich auf ca. 2.500,- Euro belaufen, welche von der Stadt Köln zu tragen sind.

Sachstand:

Die Verwaltung hat diesen Beschluss in Form einer Mitteilung (1435/2010) zur Sitzung am 20.04.2010 für erledigt erklärt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 10.03.2009
Vorlagennummer: AN/2597/2009

Betreff: Erweiterung der Abfahrt Ehrenfeld von der A 57

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Ausfahrt Ehrenfeld von der A 57 in Richtung Innenstadt leistungsfähiger zu gestalten. Hierbei sind insbesondere Maßnahmen zur Ausweitung der Fahrspuren zu prüfen.

Sachstand:

Die Maßnahme wird zurzeit bearbeitet.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 23.03.2010
Vorlagennummer: AN/0455/2010

Betreff: Zusätzliches Personal für die „AG Stadtbahn-Bau“ bzw. für das Amt für Brücken und Stadtbahnbau (Amt 69)

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Angelegenheit als Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben:
Das Personal des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau (Amt 69) wird personell aufgestockt. Die Verwaltung wird hierfür beauftragt, externe, qualifizierte Tiefbauingenieure zu suchen und kurzfristig anzustellen.
Es sollen keine befristeten Arbeitsverträge abgeschlossen werden.
Die Fachkräfte sollen zunächst unmittelbar der „AG Stadtbahn-Bau“ zugeordnet werden. Später sollen sie im Amt für Brücken und Stadtbahnbau beschäftigt werden.

Sachstand:

Die zusätzlich eingerichteten Stellen wurden besetzt. Die Mitarbeiter wurden u.a. auch beim Projekt "Bergrube Waidmarkt" eingesetzt und können nunmehr schrittweise weitere Aufgaben übernehmen.
Der Beschluss wird als erledigt angesehen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 11.05.2010
Vorlagennummer: AN/0823/2010

Betreff: Einrichtung von Taxiplätzen an der P&R-Anlage Weiden-West

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- die Einrichtung von 2 – 3 Taxenplätzen auf der P&R-Anlage Weiden-West zu prüfen.
- Etwaige Zuschussrückforderungen hinsichtlich der bereits eingerichteten P&R-Parkplätze zu prüfen.
- Verhandlungen mit der TAXI RUF eG hinsichtlich einer Kostenbeteiligung aufzunehmen.

Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss noch vor der Sommerpause 2010 vorzulegen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat zu diesem Beschluss in Form einer Mitteilung (3705/2010) zur Sitzung am 07.12.2010 berichtet. Der Beschluss ist erledigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 11.05.2010
Vorlagennummer: AN/0855/2010

Betreff: Verbesserung der Verkehrssituation am Auenweg

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie die Verkehrssituation am Auenweg zwischen Bahnhof Deutz und dem Kreisverkehr auf Höhe des Rheinparkweges optimiert werden kann. Ziel sollte sein, in beide Richtungen eine sichere Radverbindung herzustellen und dabei Rad- und Fußverkehr klar voneinander zu trennen.

Sachstand:

Eine Erstprüfung hat stattgefunden. Eine beidseitige Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn mittels Schutz- oder Radfahrstreifen ist aufgrund der geringen Fahrbahnbreite nicht möglich. Es wird derzeit jedoch eine Planung erstellt, die einen Schutzstreifen in südlicher Fahrtrichtung vorsieht. Damit müssten Radfahrer, die in südlicher Richtung unterwegs sind, nicht mehr die östliche Nebenanlage nutzen. In diesem Zusammenhang wird die Benutzungspflicht des derzeit bestehenden, gemeinsamen Geh- und Radweges auf der Ostseite geprüft. Wenn diese aufgehoben werden kann, soll die Nebenanlage zukünftig als Gehweg "Radfahrer frei" ausgeschildert werden. Damit hätten die Radfahrer die Möglichkeit zwischen Fahrbahn und Nebenanlage zu wählen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 29.06.2010
Vorlagennummer: AN/1274/2010

Betreff: Beseitigung von Taktlücken im Kölner S-Bahnverkehr

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss der Stadt Köln fordert die Nahverkehr Rheinland GmbH auf, die jüngste Taktausdünnung zwischen Chorweiler und Nippes der S-Bahn-Linie 6 um 7.12 Uhr und 7.52 Uhr zurückzunehmen.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob darüber hinaus Taktlücken auf Kölner Stadtgebiet bestehen. Sofern dies der Fall ist, wird die Verwaltung gebeten, mit der Nahverkehr Rheinland GmbH ebenfalls kurzfristig Lösungen zu suchen und diese Lücken zu beseitigen.

Sachstand:

Zu 1.) Die Nahverkehr Rheinland GmbH konnte kurzfristig mit der DB Regio eine Abstimmung über eine Angebotsverbesserung auf dem S-Bahn-Abschnitt zwischen Köln-Worringen und der Kölner Innenstadt vornehmen. Demnach ist es – vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Verbandsversammlung des NVR im September 2012 – vorgesehen, zum Fahrplanwechsel im Dezember 2012 die zur Zeit noch bestehenden morgendlichen Taktlücken während der Hauptverkehrszeit an Schultagen aufzulösen. Dies wird durch drei neue Kurse zwischen Köln-Worringen Köln-Mülheim auf der S-Bahn-Linie S6 in der Zeit zwischen 6.30 und 7.30 Uhr (Abfahrt Worringen) erreicht. Durch diese Maßnahme wird zukünftig außerhalb der Schulferien in der Zeit von 6.22 und 8.02 Uhr (Abfahrt Köln-Worringen) bzw. 6.55 und 8.35 Uhr (Ankunft Köln-Mülheim) auf diesem stark nachgefragten Abschnitt des Kölner S-Bahnnetzes ein 10-Minuten-Takt durch Überlagerung von S6 und S11 angeboten.

Zu 2.) Ansonsten kann bei der Überprüfung der Fahrpläne der vier Kölner S-Bahn-Linien keine vergleichbare Taktlücke festgestellt werden, wenn man davon absieht, dass die Linie S 13 außerhalb der Hauptverkehrszeit derzeit nachfragegerecht schon in Köln-Hansaring endet und die S 12 auf dem Abschnitt Hansaring – Horrem dann nicht verstärkt wird. Dieser Zustand wird gemäß SPNV-Zielkonzept 2020 des NVR erst mittel- bis langfristig bei Erweiterung des Kölner S-Bahn-Netzes um eine S-Bahnverbindung nach Bergheim bzw. Bedburg bereinigt.

Damit ist der Beschluss erledigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.07.2010
Vorlagennummer: AN/1301/2010

Betreff: Niehler Gürtel - Planungsänderung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmen durchzuführen:
Es werden neue Planungen mit dem Ziel aufgenommen, den Ehrenfeldgürtel bis zur Mülheimer Brücke fortzuführen. Diese Fortführung in Form des Ehrenfeldgürtels ist so zu planen, dass ein stadtverträglicher Raum entsteht, der Durchgangsverkehr begrenzt wird und die umliegenden Viertel vom Verkehr entlastet werden.
Das derzeit bei der Bezirksregierung eingereichte Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Niehler Gürtels wird eingestellt.
Dazu ist – im Zusammenhang mit der notwendigen Betonsanierung der Hochbahn – zu prüfen, wo und wie die Hochbahn in ebenerdige Mittellage gebracht werden kann.
Für die Zeit bis zum Baubeginn sind Maßnahmen zur Attraktivierung und Nutzung der Flächen entlang der Hochbahn, wie von der BV Nippes beschlossen, umzusetzen.

Sachstand:

Als kurzfristige Maßnahmen wurden folgende Punkte bereits umgesetzt:

- Im Bereich des Bezirksrathauses Stadtbahnhaltestelle Neusser Straße/Gürtel wurde ein Umbau durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde der Parkplatz an der Neusser Straße gegenüber dem Bezirksrathaus mit asphaltiert.
- Die Instandsetzung des Fußweges zwischen den Schulen Berufskolleg und Bülowstraße in der Nähe der Hochbahn wurde in 2011 fertig gestellt.

Das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Niehler Gürtels wird nicht weiter betrieben.

Die Prüfung der Hochbahn ergab, dass der Sanierungsaufwand deutlich geringer ist als ursprünglich angenommen. Ein Abriss und ebenerdiger Neubau der Stadtbahn erscheinen somit unter wirtschaftlichen Aspekten nicht vertretbar.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 07.09.2010
Vorlagennummer:

Betreff: Optimierung der Verfugung des Kopfsteinpflasters auf öffentlichen Plätzen und Straßen Kölns

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, den Antrag

„Die Verwaltung wird beauftragt, dass bei entsprechenden Neubau- und Reparaturmaßnahmen - z.B. nach dem U-Bahn-Bau - durch eine hohe und feste Verfugung der Pflasterfugen die öffentlichen Plätze und Straßen Kölns eine glattere Oberfläche bekommen und somit barrierefreier und pflegeleichter gestaltet werden. Die Art der Verfugung ist dabei so zu wählen, dass sie sowohl dem Anspruch der Barrierefreiheit als auch dem Anliegen der effektiven Straßenreinigung sowie der Erhaltung des historischen Stadtbildes gerecht wird.“

in die zukünftigen Entscheidungen einfließen zu lassen, jedoch Einzelfall bezogen vor Umsetzung der jeweiligen Maßnahme zu entscheiden.

Sachstand:

Die Verwaltung prüft bei allen Pflasterarbeiten in der Altstadt jegliche Möglichkeiten, um eine glatte Oberfläche herzurichten und setzt diese auch entsprechend um. Die Verwaltung sieht den Beschluss als erledigt an.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.09.2010
Vorlagennummer: AN/1539/2010

Betreff: Geplanter Kreisverkehr Roonstraße/Lindenstraße

Beschluss:

Der Antrag, der da lautet:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Entscheidung über den Bau eines zweispurigen Kreisverkehrs an der Roonstraße solange zurückzustellen, bis eine Klärung der Verkehrssituation rund um den Rudolfplatz und an den unmittelbaren Zuführungen der Ringe entsprechend den Vorgaben des Masterplans erfolgt ist.“
wird zu weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss verwiesen.

Sachstand:

Der Verkehrsausschuss hat diesen Beschluss in Verbindung mit der Beschlussvorlage (0946/2012) " Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen; hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße" in der Sitzung am 28.06.2011 beraten und einen Beschluss gefasst.

Die Planung für den Kreisverkehr erfolgt im zweiten Halbjahr 2012. Weitere Sachstände erfolgen in Zukunft ausschließlich zu oben genanntem Beschluss aus dem Verkehrsausschuss.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 07.10.2010
Vorlagennummer: AN/1771/2010

Betreff: Köln als autofeindlichste Stadt Deutschlands

Beschluss:

In Köln muss es zu einer Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer kommen. Einzelne Verkehrsträger dürfen nicht verteuert und andere übermäßig bevorzugt werden. Die Vernetzung der Verkehrsträger sollte im Mittelpunkt stehen. Köln braucht eine gesunde und gut ausgebaute Mischung aus individuellem und öffentlichem Personennahverkehr mit intelligenten Lösungen zur quantitativ und qualitativ optimalen Ausnutzung des knappen Verkehrsraumes.

Deswegen verfolgen wir weiter die Ziele des bereits in der vergangenen Wahlperiode fortgeschriebenen Gesamtverkehrskonzeptes und fordern die Umsetzung aller geeigneten Maßnahmen unter dem Blickwinkel der Barrierefreiheit, der sicheren Mobilität und der Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer. Es soll eine Steigerung des Fußverkehrs- und des Radverkehrsanteils erreicht werden. Ebenso wird eine Stärkung des ÖPNV durch den Ausbau der Infrastruktur sowie durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit angestrebt – bei gleichzeitig verbesserter Umsteigequalität vom motorisierten Individualverkehr. Diese Maßnahmen sollen zu einer kontinuierlichen Verringerung der verkehrsbedingten Immissionen wie Lärm und Luftschadstoffe beitragen. Ziel ist eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung mit der Implementierung von Mobilitätsmanagement in der Verwaltung. Der „Umweltverbund“ aus Zufußgehen, Radfahren und ÖPNV soll auf allen Ebenen gestärkt und besser vernetzt werden.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit Köln zu einer Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer kommt. Daher beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Die Verwaltung legt dem Verkehrsausschuss die ADAC-Studie und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen inklusive einer fachlichen Bewertung unter dem Ziel der Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer vor.
2. Die Verwaltung überwacht die Koordination von Baumaßnahmen aller in den Verkehrsraum eingreifenden Bauträger und entwickelt Verbesserungsvorschläge. Unnötige Eingriffe in den Verkehrsraum (z.B. mehrfaches Öffnen der gleichen Straße, Baustellen auf Umleitungen oder zu große Baustelleneinrichtungen) sind zu verhindern.
3. Die Verwaltung kümmert sich auch um die Optimierung der Baustellen- und Veranstaltungskoordination außerhalb ihres eigenen Zuständigkeitsbereichs (z.B. baustellenbedingtes Sperren von Autobahnen während verkaufsoffener Sonntage oder Großveranstaltungen wie KölnTriathlon und KölnMarathon).
4. Die Verwaltung legt dem Verkehrsausschuss - aufgeschlüsselt nach Verkehrsarten - eine Prioritätenliste der Stellen vor, welche die größten

Verkehrsbehinderungen bewirken und benennt zu ergreifende bzw. schon ergriffene Gegenmaßnahmen incl. Zuständigkeiten, Finanzierungsaufwand und Auswirkungen auf andere Verkehrsarten.

5. Die Verwaltung macht über ihr Internetangebot eine Umfrage, in der die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln dazu aufgerufen werden, die aus ihrer Sicht drängendsten Probleme im Kölner Verkehrssystem zu benennen und legt die Umfrage-Ergebnisse inklusive einer Bewertung dem Verkehrsausschuss vor.

Sachstand:

Die Verwaltung hat hierzu in Form einer Mitteilung (4398/2010) zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 10.05.2011 berichtet und betrachtet den Beschluss als erledigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 07.12.2010
Vorlagennummer: 1764/2010

Betreff: Erweiterung der Kapazitäten auf der Linie 9 zwischen Bahnhof Deutz und Ostheim

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung (4688/2010) zur Kenntnis und bittet entsprechend zu verfahren. Darüber hinaus bittet der Verkehrsausschuss zu prüfen, inwieweit der Bedarf auf der Strecke Ostheim – Innenstadt durch weitere Verstärkerfahrten befriedigt werden kann.

Weiterhin wird die Verwaltung– in Abstimmung mit den Kölner Verkehrsbetrieben - gebeten zu prüfen, ob und inwieweit die verkehrlichen Aspekte beim Bebauungsplanverfahren Langendahlweg ausreichend und angemessen berücksichtigt wurden. Bei der Prüfung ist ein ganzheitlicher Ansatz zu wählen, der den jüngsten Rückmeldungen aus der Bevölkerung vor Ort Rechnung trägt und neben dem schienengebunden ÖPNV (Linie 9) auch den Busverkehr, den motorisierten Individualverkehr sowie die Optimierung von Wegebeziehungen für Radfahrer und Fußgänger beinhaltet. Dabei sollten auch bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie die derzeit laufende Optimierung von Lichtsignalanlagen in diesem Bereich berücksichtigt werden.

Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss möglichst zeitnah zur Beratung vorzulegen.

Sachstand:

Zur ÖPNV-Erschließung des Neubaugebietes Langendahlweg ist das Befahren der Hauptsammelstraße für den Linienbusverkehr vorgesehen. Die Anbindung an den Schienenverkehr soll über den Alten Deutzer Postweg und die Frankfurter Straße an die Haltestelle Ostheim erfolgen. Ein entsprechendes Betriebskonzept wird dem Ausschuss zu gegebener Zeit zur Entscheidung vorgelegt.

In der morgendlichen Hauptverkehrszeit wird auf der Linie 9 bereits eine Verstärkerfahrt durchgeführt (vgl. Session-Nr. 4688/2010). Zusätzliche Verstärkerfahrten auf dem Streckenabschnitt der Stadtbahnlinie 9 zwischen Ostheim und der Innenstadt sind nicht möglich, da die bestehende Zugfolge auf der Ost-West-Achse keine weitere Taktverdichtung zulässt. Hinzu kommt, dass in den Spitzenzeiten auch keine weiteren Niederflurfahrzeuge zur Verfügung stehen.

Die Vergabe der Erweiterung des Verkehrsgutachtens zum Bereich der Bebauung Langendahlweg ist in der Bearbeitung.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 07.12.2010
Vorlagennummer: AN/2186/2010

Betreff: Gesamtstädtisches Verkehrsleitsystem mit regionaler Verknüpfung

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, *unter Einbeziehung vorhandener Systeme wie z.B. „Mobil im Rheinland“* ein Konzept vorzulegen, mit dem das bestehende Parkleit- und gesamtstädtische Verkehrsleitsystem in ein Gesamtsystem mit dem Umland überführt wird. Ziel ist ein reibungsloser Verkehrsfluss sowie die Vermeidung von Durchgangsverkehr und lange Schlangen vor den Parkhäusern. Das Konzept soll Aussagen zu den finanziellen Rahmenbedingungen treffen, inklusive der Möglichkeit einer Drittmittelfinanzierung, *mit dem Ziel, eine dauerhafte Finanzierung und den Betrieb sicherzustellen.*

Sachstand:

Durch Aufnahme des operativen Betriebes von Mobil-im-Rheinland beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg wurden vorhandene regionale Verkehrssysteme zur Informationsgenerierung zwischenzeitlich vernetzt. Hier fließen auch die Informationen aus dem Kölner Verkehrsmanagement unmittelbar ein. Der weitere Ausbau, die Fortführung sowie die dauerhafte Finanzierungssicherung wird zur Zeit geprüft. Die abschließenden Prüfergebnisse stellen die Grundlage des Betriebskonzeptes dar.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 01.02.2011
Vorlagennummer: AN/0002/2011 und AN/0068/2011

Betreff: Behebung der Frostschäden auf den Kölner Straßen und Abbau des Sanierungsstaus und schnelle Beseitigung der Winterschäden auf Kölner Straßen

Beschluss:

Wir begrüßen die Maßnahmen, die der Oberbürgermeister bereits ergriffen hat, und bitten die Verwaltung in Ergänzung dazu kurzfristig ein 10-Jahres-Programm zur Behebung des Investitionsstaus in der Kölner Straßenerhaltung aufzustellen. Dabei sind auch Aspekte wie Lückenschluss bzw. zusätzliche Anlage von Fuß- und Radstreifen, Baumpflanzungen, Shared-Space-Zonen und Einsatz von sog. „Flüsterasphalt“ zu berücksichtigen. Bei der Beseitigung von Winterschäden ist das Ziel zu verfolgen, die Qualität so zu verbessern, dass Folgekosten minimiert werden. Die Verwaltung soll dazu Vorschläge unterbreiten. Außerdem ist das Kontrollmanagement der Stadt bei Straßenunterhaltung und Beseitigung von Straßenaufbrüchen auf seine Wirksamkeit zu überprüfen.

Als Bestandteil eines Programms Straßenerhaltung sollen auch Regelungen zur finanziellen Abgeltung der Folgewirkungen von Aufbrüchen im öffentlichen Straßenland durch Dritte geprüft und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Das Konzept soll zielorientierte Lösungsansätze hinsichtlich der erforderlichen personellen Ressourcen, strafferer Verwaltungsverfahren unter Berücksichtigung der positiven Erfahrungen aus dem Konjunkturpaket II, höhere Eigenverantwortlichkeit des zuständigen Fachamtes, Einsatz von modernen und EDV-gestützten Planungstools beinhalten. Die Rahmenbedingungen sind so anzupassen, dass die zur Verfügung gestellten Projektmittel im investiven Bereich im jeweiligen Haushaltsjahr vollständig abgerufen werden können.

Das Konzept ist dem Verkehrsausschuss noch im ersten Halbjahr 2011 vorzulegen. Das 10-Jahres-Programm soll aus den im Doppelhaushalt 2010/2011 veranschlagten Mitteln noch in diesem Jahr gestartet werden. Das weitere Maßnahmenpaket soll beginnend mit dem Haushaltsplan 2012 sukzessive umgesetzt werden.

Sachstand:

Die Beschlussvorlage zum 10-Jahres-Programm zur Behebung des Investitionsstaus in der Kölner Straßenerhaltung befindet sich zurzeit noch in der verwaltungsinternen Abstimmung.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 07.04.2011
Vorlagennummer: AN/0683/2011

Betreff: Buslinie zwischen Porz und Rodenkirchen

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass die Verwaltung gemeinsam mit der KVB AG die Möglichkeiten eines ergänzenden Nahverkehrsangebots zwischen Porz und Rodenkirchen prüft.
Zusätzlich zu einer Bus-Verbindung soll geprüft werden, ob mit einer Wasserbuslinie zwischen Porz und Rodenkirchen eine attraktive Ergänzung zum bestehenden Nahverkehrsangebot geschaffen werden kann.
Die Ergebnisse der jeweiligen Prüfung sollen dann dem Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Sachstand:

Die Verwaltung wird dem Verkehrsausschuss in einer der nächsten Sitzungen das Prüfergebnis zur Beratung vorlegen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 07.04.2011
Vorlagennummer: AN/0670/2011

Betreff: Videoüberwachung in KVB-Bussen

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung gemeinsam mit der KVB AG, die Einrichtung eines Videoüberwachungssystems für die Buslinien der KVB AG zu prüfen. Vor der endgültigen Entscheidung über die Einführung von Videoüberwachung in den Buslinien soll die Verwaltung in Zusammenarbeit mit KVB und Polizei die Wirksamkeit der bisherigen Videoüberwachung in den Stadtbahnlinien in einem auf empirischen Daten basierenden Bericht an den Verkehrsausschuss darstellen. Zudem sind Erfahrungen anderer deutscher Städte (z.B. Bonn) darzustellen.

Sachstand:

Dem Verkehrsausschuss wurde am 15.11.2011 zu diesem Beschluss eine Mitteilung vorgelegt. Der Ausschuss hat Kenntnis genommen.

Der Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 10.05.2011
Vorlagennummer: AN/0671/2011

Betreff: Freigabe der Standspur der A 57 zwischen der Anschlussstelle Bickendorf und dem Autobahnkreuz Köln-Nord stadtauswärts

Beschluss:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, beim Landesbetrieb Straßen NRW die Freigabe der Standspur der A 57 stadtauswärts zwischen der Anschlussstelle Köln Bickendorf und dem Autobahnkreuz Köln-Nord zu Stoßzeiten für den rollenden Verkehr zu beschleunigen.

Sachstand:

Im Bereich der BAB 57 wurde der Seitenstreifen am 23.06.2012 zwischen Anschlussstelle Bickendorf und dem Autobahnkreuz Köln-Nord als Fahrstreifen dauerhaft ummarkiert. Die BAB 57 ist von der Inneren Kanalstraße bis zum AK Köln-Nord dreistreifig in Fahrtrichtung Norden befahrbar. Eine entsprechende Pressemitteilung wurde seitens der Regionalniederlassung Rhein Berg am 22.06.2012 veröffentlicht. Der Beschluss ist somit erledigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 10.05.2011
Vorlagennummer: AN/0749/2011

Betreff: Flüsterasphalt-Offensive

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss begrüßt die Ausführungen der Verwaltung und bittet sie, entsprechend weiter zu arbeiten bzw. zu verfahren.

Sachstand:

Grundsätzlich ist der Einbau eines lärmoptimierten Asphalts (kein Flüsterasphalt, da die Straßenentwässerung sehr aufwändig und die lärm mindernde Wirkung gegenüber dem lärmoptimiertem Asphalt deutlich geringer ist) in Form einer angedachten Offensive zu begrüßen. Allerdings muss jede Fläche, die mit einer solchen Deckschicht versehen werden soll, einer Einzelfallüberprüfung standhalten. Grundsätzlich könnte aber diese Offensive eine Lösung im Rahmen der Lärmaktionsplanung sein.

Hier sind folgende Gesichtspunkte zu beachten:

Die Reifenrollgeräusche dominieren gegenüber den Motorengeräuschen ab einer Geschwindigkeit von > 42 km/h (die Fachwelt spricht aufgrund immer leiseren Motoren von derzeit evtl. auch 40 km/h). Das bedeutet, dass ein lärm mindernder Fahrbelag in Straßen, wo eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gilt, also auch heutige oder zukünftige Tempo 30 Zonen keine nennenswerte Lärmreduktion zu erzielen ist.

Nach den Empfehlungen sollte die Strecke mindestens 500 m lang sein. Im Einzelfall kann aber hiervon abgewichen werden und auch Straßen infrage kommen, bei denen die Länge geringer ist. Unsinnig ist der Einbau bei einer Länge unter 100 m.

Beim Konzept des lärmoptimierten Asphalts wird ein Größtkorn in der Deckschicht von 5 mm verwandt. Daher beträgt die Dicke der Deckschicht nur rund 2,5 cm. Wenn diese auf einer gefrästen Unterlage eingebaut wird, kann man die Anforderungen an die Ebenheit nicht erzielen. Daher ist ein mindestens zweilagiger Einbau unumgänglich (Binder und Deckschicht). Messungen in Ingolstadt haben ergeben, dass der Lärmpegel nach Einbau eines lärmoptimierten Asphalts auf einer gefrästen Unterlage, gegenüber einem neu hergestellten Binder, bei rund 3 dB(A) höher liegt.

Die Mehrkosten für den Einbau des lärmoptimierten Belages können derzeit mit circa 1 €/m² beziffert werden. Dies entspricht in etwa 1,5 Prozent. In der Prognose für die Zukunft ist aber davon auszugehen, dass sich die Kostendifferenz verkleinern wird.

Die Verwaltung prüft derzeit standardmäßig, ob der Einbau eines lärmoptimierten Belages möglich und sinnvoll ist. Die Verwaltung sieht den Beschluss daher als erledigt an.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 10.05.2011
Vorlagennummer: AN/0834/2011

Betreff: Einrichtung eines U-Turns auf der Aachener Straße mit Fußgängerverbindung zum Grüngürtel

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines U-Turns auf der Aachener Straße auf Höhe des Aachener Weihers für Fahrzeuge, die aus Richtung Westen kommen, zu prüfen. Dabei sind auch Aspekte einer möglichen Haltestellenverlängerung zu berücksichtigen.

Ziel soll die Schaffung einer neuen Möglichkeit sein, von der Aachener Straße auf die Innere Kanalstraße in Richtung Norden zu gelangen. Durch diese neue Möglichkeit soll der im Grüngürtel gelegene Wendekreis („Schweineöhrchen“) überflüssig gemacht werden, damit diese Fläche – wie im Masterplan vorgesehen – entsiegelt werden kann.

Der neue U-Turn soll auf seiner östlichen Seite auch mit einem Fußgängerüberweg ergänzt werden, der die dringend benötigte Fußverbindung des Grüngürtels über die Aachener Straße gewährleistet.

Die Umsetzung des bereits beschlossenen Fußgänger-Überwegs wird unabhängig von dieser Prüfung zügig weiterverfolgt.

Sachstand:

Die Prüfung erfolgt im Rahmen des am 10.05.2011 vom Verkehrsausschuss beschlossenen Verkehrsgutachtens Ost-West-Achse in Köln.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 26.05.2011
Vorlagennummer: AN/0990/2011

Betreff: KVB-Nachtverkehr

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der KVB AG bis zur Sommerpause ein Konzept für einen der Millionenstadt Köln angemessenen KVB-Nachtverkehr vorzulegen. Mit der Umsetzung soll mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2011 begonnen werden.

Bei den Bahnen ist mindestens eine engere Taktung an Wochentagen zwischen 23 und 1 Uhr vorzusehen. Am Wochenende ist nachts ein Halbstundentakt vorzusehen. Zur Finanzierung des zusätzlichen Angebots sind alternative Finanzierungsmodelle („Nacht-Zuschlag“, (Teil-)Finanzierung über Semesterticket, Sponsoring analog „Telekom-Express“ in Bonn) vorzuschlagen. Dabei sind Erfahrungen anderer deutscher Großstädte zu Grunde zu legen.

Sachstand:

Die Taktverdichtung des NachtTakts wurde zum Fahrplanwechsel im Dezember 2011 als 1. Teilumsetzung des Ratsbeschlusses umgesetzt (vg. Session 2362/2011).

Zur zweiten Stufe des Nachtverkehrskonzeptes hat die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der KVB und dem Gutachter für den 3. Nahverkehrsplan einen Vorschlag erarbeitet, den der Rat am 28.06.2012 beschlossen hat (vgl. Session 0104/2012). Die 2. Stufe wird zum Fahrplanwechsel im Dezember 2012 umgesetzt.

Der Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 26.05.2011
Vorlagennummer: AN/0986/2011

Betreff: ICE-Verbindung nach London

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Resolution:

Schieneinfrastruktur im Knoten Köln ausbauen

Und ICE-London-Verkehr verträglich abwickeln

Die Einrichtung der ICE-Verbindung Frankfurt-Köln-London wird begrüßt. Vor dem Hintergrund bereits bestehender Mängel der Schieneinfrastruktur in und um Köln wird im Zusammenhang mit der Einrichtung der neuen zusätzlichen ICE-Hochgeschwindigkeitsverbindung erneut der Ausbau des Bahnknotens Köln gefordert. Darüber hinaus wird die DB aufgefordert, die für die Verbindung nach London notwendigen Sicherheitskontrollen so zu gestalten, dass die ohnehin beengten Verhältnisse im Kölner Hauptbahnhof nicht noch stärker die Abwicklung des Nah- und Fernverkehrs behindern und die Attraktivität der ICE-Verbindungen von Frankfurt nach Lüttich und Brüssel nicht eingeschränkt wird.

Dabei sind die im Rahmen des Rhein-Dom-Projektes unterirdisch vorgehaltenen Kapazitäten für eine Anfahrt von Taxen, Zulieferern, etc. mit in die Überlegung für die Einrichtung eines Check in zu berücksichtigen.

Wir appellieren an die Landes- und die Bundesregierung sowie die Deutsche Bahn AG, die weiteren Projektschritte zur Einführung der ICE-Verbindung Frankfurt-Köln-London so abzustimmen, dass die Forderungen aus dieser Resolution Berücksichtigung finden und umgesetzt werden.

Sachstand:

Die Ergebnisse des gemeinsam vom Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) und der DB-Netz AG in Auftrag gegebenen Gutachtens und das daraus abgeleitete Maßnahmenpaket werden z.Zt. in das Neuaufstellungsverfahren zum Bundesverkehrswegeplan eingebracht. Hierfür hat die Verwaltung im Rahmen der Initiative Metropolregion Rheinland auch erfolgreich bei den benachbarten Städten und Kreisen um Unterstützung geworben.

Die Einführung der ICE-Verbindung nach London verzögert sich nach Auskunft der DB Station&Service auf unbestimmte Zeit, da für die vorgesehenen neuen ICE-Zugseinheiten noch keine Genehmigung zur regelmäßigen Befahrung des Kanaltunnels vorliegt. Entsprechend sind die Überlegungen zum notwendigen Umbau (voraussichtlich des Gleises 1) im Hauptbahnhof noch nicht abgeschlossen. Um die Auswirkungen der zusätzlichen Personen- und Zugkontrollen des geplanten ICE nach London auf den Betriebsablauf des Nah- und Fernverkehrs im Hauptbahnhof zu minimieren, sollen die geplanten Maßnahmen des Bahnknoten-Gutachtens in die abschließenden Betrachtungen einbezogen werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.10.2011
Vorlagennummer: AN/1774/2011

Betreff: Weihnachtsticket für Köln

Beschluss:

KVB AG und die VRS GmbH werden gebeten, die Möglichkeit der Einführung eines „Weihnachtstickets“ zu prüfen. Die Ergebnisse der Prüfung, die auch die tarifliche Gestaltung, Kosten und Finanzierung sowie die Möglichkeit der Beteiligung des Einzelhandels, der Gastronomie, Hotellerie sowie Veranstaltern und Betreibern von Sehenswürdigkeiten beinhalten soll, sind dem Verkehrsausschuss vorzulegen.

Sachstand:

Dem Verkehrsausschuss wurde am 06.12.2011 zu diesem Beschluss eine Mitteilung vorgelegt. Der Ausschuss hat Kenntnis genommen.

Der Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 15.11.2011
Vorlagennummer: AN/1883/2011

Betreff: Optimierung der Verkehrsführung an der Kreuzung Militärring/Luxemburger Straße aus Richtung Südosten

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Fahrspur für den Linksabiegerverkehr an der Kreuzung Militärring/Luxemburger Straße aus der Fahrrichtung Südosten zu verkürzen und gleichzeitig die Fahrspur für den Rechtsabiegerverkehr zu verlängern.

Sachstand:

Die Verwaltung erstellt derzeit eine Planung, die dann mit dem Landesbetrieb Straßen abgestimmt wird.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 20.12.2011
Vorlagennummer: AN/2218/2011

Betreff: Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus

Beschluss:

Der Rat nimmt die Erhöhung der Kosten von 3.840.000 € um rund 2.215.000 € auf 6.055.000 € für die Verlegung des Aufzuges der Haltestelle Rathaus in das neu zu bauende Rote Haus zur Kenntnis.

Die Mehrkosten in Höhe von rund 2.215.000 € sind nach Abstimmung mit dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland und dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund der Deckelung der Maßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) nicht zuwendungsfähig.

Der Rat beschließt die Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Mehrkosten in Höhe von 2.215.000 € im Rahmen des Schuldendienstes gemäß § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages.

Mit dem Beschluss wird gleichzeitig die Forderung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik...*"Der barrierefreie Zugang von der neu zu gestaltenden Haltestelle Altermarkt/Rathaus zum Rathausplatz ist durch einen Aufzug sicherzustellen."*...erfüllt (siehe Mitteilung 5074/2011).

Sachstand:

Vor dem Hintergrund der politischen Diskussionen im Finanz- und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, das Grundstück "Rotes Haus" an einen Investor zu veräußern, wurden alle Planungen sofort gestoppt, die externen Büros wurden hierüber informiert, zur Zeit wird der Verkauf des Grundstücks vorbereitet.

Der Beschluss ist somit gegenstandslos.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 20.12.2011
Vorlagennummer: AN/2221/2011

Betreff: Freigabe der Seitenstreifen A57 und A59

Beschluss:

Das Autobahnnetz in und um Köln ist eines der am stärksten frequentierten Netze in ganz Deutschland. Häufig wäre aufgrund der hohen Verkehrsbelastung eigentlich ein Ausbau notwendig. Für die Spitzenverkehrszeiten im Berufs- und Wirtschaftsverkehr haben sich der Landesbetrieb Straßen.NRW und die Bezirksregierung auf eine temporäre Seitenstreifenfreigabe der A 57 zwischen der Anschlussstelle Köln-Longerich und der Anschlussstelle Köln-Bickendorf in Fahrtrichtung Köln verständigt. Die ersten Erfahrungen sind positiv, weshalb die Antragsteller der Auffassung sind, dass weitere Streckenabschnitte Kölner Autobahnen folgen müssen. Vor diesem Hintergrund beschließt der Rat der Stadt Köln folgende

Resolution an die Mitglieder des Landtags NRW

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf,

- mit hoher Priorität eine temporäre Seitenstreifenfreigabe auf der A57 zwischen Bilderstöckchen und Kreuz Nord sowie auf der A59 stadtauswärts einzurichten.

Die Verwaltung wird gebeten, Erfahrungsberichte – insbesondere in Bezug auf Köln – zur temporären Seitenstreifenfreigabe auf Autobahnen beim Landesbetrieb Straßenbau NRW abzufragen und dem Verkehrsausschuss in regelmäßigen Abständen vorzulegen.

Sachstand:

Im Bereich der BAB 57 wurde der Seitenstreifen am 23.06.2012 zwischen Anschlussstelle Bickendorf und dem Autobahnkreuz Köln-Nord als Fahrstreifen dauerhaft ummarkiert. Die BAB 57 ist von der Inneren Kanalstraße bis zum AK Köln-Nord dreistreifig in Fahrtrichtung Norden befahrbar. Eine entsprechende Pressemitteilung wurde seitens der Regionalniederlassung Rhein Berg am 22.06.2012 veröffentlicht.

Die Seitenstreifenfreigabe auf der A59 in Fahrtrichtung Bonn ab Dreieck Porz (A59 / A559) wird demnächst in einem Gespräch mit den Verkehrsministerien thematisiert. Nach Einschätzung der Regionalniederlassung Rhein-Berg lässt sich hier keine Ad-hoc-Umnutzung des Standstreifens zum Fahrstreifen realisieren, da die Zu- und Abfahrtsarme zur Rastanlage Röttgen entsprechend berücksichtigt werden müssen. Dies geht nicht ohne die Beanspruchung von Flächen Dritter, so dass hier sicherlich ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden muss. Unabhängig davon wird in absehbarer Zeit das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der A59 zwischen dem Dreieck Porz und der Anschlussstelle Flughafen begonnen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.02.2012
Vorlagennummer: AN/0153/2012

Betreff: Einrichtung einer Elektro-Buslinie

Beschluss:

Der Rat hat am 26. Mai 2011 einen Beschluss zur Förderung der Elektromobilität in Köln und der Region gefasst, der u.a. Arbeitsaufträge an die Verwaltung und an die KVB AG beinhaltet. Die im o.a. Antrag aufgeführten Fragestellungen werden im Rahmen dieses vom Rat erteilten Auftrags bearbeitet.

Die Verwaltung wird aufgefordert, den Sachstand der Bearbeitung dem Verkehrs- und Wirtschaftsausschuss sowie dem Ausschuss Umwelt und Grün mitzuteilen. Ein erster Bericht soll zu den Ausschuss-Terminen im Mai 2012 erfolgen.

Sachstand:

Dem Verkehrsausschuss wurde am 08.05.2012 zu diesem Beschluss eine Mitteilung vorgelegt (vgl. Session 1662/2012). Der Ausschuss hat Kenntnis genommen.

Der Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 13.03.2012
Vorlagennummer: AN/0263/2012

Betreff: Beschleunigung des ÖPNV auf der Ost-West-Achse zwischen Moltkestraße und Heumarkt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Folgen für den Motorisierten Individualverkehr sowie Fußgänger und Radfahrer die Wartezeiten für den ÖPNV auf der Ost-West-Achse zwischen Moltkestraße und Heumarkt verkürzt oder soweit möglich entfallen können. Dabei ist auch zu prüfen, ob Fußgängerquerungen analog Rudolfplatz Ostseite gestaltet werden können. Die Ergebnisse sind so aufzubereiten und dem Ausschuss noch in diesem Jahr vorzulegen, dass alle Vor- und Nachteile von möglichen Veränderungen, aufgeschlüsselt nach den unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern, ersichtlich sind und eine transparente Entscheidungsgrundlage gegeben ist.

Sachstand:

Die Verwaltung verweist zu diesem Thema zunächst auf die Mitteilung 3051/2012 zur Sitzung am 04.09.2012.

Fußgängerquerungen können nur auf Platzflächen analog zur Rudolfplatz-Ostseite gestaltet werden. An anderen Stellen ist dies aus Sicherheitsgründen nicht möglich.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 27.03.2012
Vorlagennummer: AN/0391/2012

Betreff: Frühzeitige Inbetriebnahme Nord-Süd Stadtbahn

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Haushaltsplan-Beratungen 2012 eine Beschlussvorlage zur vorzeitigen Teilinbetriebnahme des südlichen Astes der Nord-Süd Stadtbahn vorzulegen.

Dabei sind darzulegen,

- alternative Teilbetriebskonzepte für eine zusätzliche Pendellinie von Severinstraße bis /ab Rodenkirchen bzw. Sürth sowie ersatzweise eine weitere Taktverdichtung der bestehenden Linie 16 und deren jeweiliger verkehrlicher Nutzen
- die zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten, Einnahmeerwartungen und ihre jeweilige Finanzierung,
- die Investitionen für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Teilbetriebs, die auch für den kompletten Betrieb der Nord-Süd Stadtbahn von Nutzen sind, sowie die Investitionen, die nur für den Teilbetrieb notwendig sind,
- die entstehenden Kosten, sofern keine Teilinbetriebnahme erfolgt.

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen und darzustellen, welche rechtlichen – insbesondere steuer- und finanzrechtlichen Rahmenbedingungen – bei einer Realisierung zu beachten sind.

Es sind zudem die notwendigen Schritte darzulegen, wie eine Teilinbetriebnahme bis zum Fahrplanwechsel 2015/2016 realisiert werden könnte.

Sachstand:

Eine entsprechende Beschlussvorlage der Verwaltung (Session 3132/2011) hat dem Verkehrsausschuss am 14.06.2012 und 28.06.2012 (Sondersitzung) zur Beratung vorgelegen. Die Vorlage wurde in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 04.09.2012 in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.